Dezember 2019 (9) | 27.11.2019

E&W

Erziehung und Wissenschaft Niedersachsen

Die Landesdelegiertenkonferenz im Blick

Die Zeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Titelfoto: Jelca Kollatsch

Inhalt

Schwerpunkte

Landesdelegiertentag fordert vehement mehr Geld für Bildung 04

Resolution: Bildungsfinanzierung „Endlich klotzen, nicht kleckern!“ 08

Kandidaturen für den Schulhauptpersonalrat 09

Zeitgeschehen

Schuldenbremse: Der neueste Schrei 10

Digitalpakt – nicht nur – an BBS: Zum Leben zu wenig… 12

70 Jahre „Erziehung und Wissenschaft Niedersachsen“ 14

Aus der Organisation

Fotowettbewerb: Wo fehlt Ross? 16

Bundesfachtagung der AJuM 17

LesePeter 17

Fachtagung queere Pädagogik 18

GEW-Vernetzungsveranstaltung in Osnabrück diskutiert Papier des Wissenschaftsrates 19

Fachtagung zu Arbeitssicherheit und Gefährdungsbeurteilungen im fachpraktischen Unterricht 20

Hospitationsfahrt nach Schüttorf 21

Heiko Pannemann nimmt Abschied 22

Pensionär*innen zu Gast im Europäischen Parlament 23

Rotenburger GEW-Senioren besichtigen VW-Werk in Wolfsburg 24

Aktuelles aus der Personalratsarbeit 25

Jubilar*innen 28

Verstorbene 30

Termine 30

Redaktionsschluss der E&W März ist der 1. Februar – sie erscheint am 28. Februar 2020. Zuvor wird außerdem Ende Januar eine Sonderausgabe zur Personalratswahl erscheinen.

Impressum

Herausgeber:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Niedersachsen, Berliner Allee 16
30175 Hannover, Telefon 0511 / 33804-0
Fax: 0511 / 33804-46, presse@gew-nds.de
www.gew-nds.de
Vorsitzende: Laura Pooth
Redaktionsleitung (Verantwortlicher Redakteur):
Christian Hoffmann
Redakteurin: Nicole Puscz
Postanschrift der Redaktion:
Berliner Allee 16, 30175 Hannover
Fax 0511 / 33804-21
E-Mail: c.hoffmann@gew-nds.de
Erziehung und Wissenschaft Niedersachsen (E&W) erscheint achtmal jährlich. (Doppelausgaben im Sommer und Winter). Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 7,20 € zzgl. 11,30 € Zustellgebühr (inkl. MwSt.).
Redaktionsschluss ist der 1. Februar, der 1. März, der 30. März, der 1. Mai, der 1. Juni, der 1. September, der 1. Oktober und der 1. November 2020. Später eingehende Manuskripte können nur ausnahmsweise berücksichtigt werden. Grundsätzlich behält sich die Redaktion bei allen Beiträgen Kürzungen vor. Für unverlangt eingesandte Manuskripte besteht keinerlei Anspruch auf Berücksichtigung, zudem wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen oder den Initialen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion dar.
Verlag mit Anzeigenabteilung:
STAMM Verlag GmbH, Goldammerweg 16
45134 Essen, Tel. 0201 / 84300-0
Fax: 0201 / 472590
E-Mail: anzeigen@stamm.de
Internet: www.erziehungundwissenschaft.de
Verantw. für Anzeigen: Mathias Müller
Gültige Preisliste Nr. 34 vom 1. Januar 2019
Anzeigenschluss siehe Terminplan
Editorial Design: Aron Jungermann mediendesign | aronjungermann, Bad Münder
Druck: DruckWerk Peter-Michael Thiem e.K.
Bergstraße 19, 31688 Nienstädt
Tel. 0511 / 621162
ISSN 0170-0723

Wieder am Start

Immer wieder die Finanzen. Bei der Landesdelegiertenkonferenz (LDK) Ende Oktober (siehe nächste Seiten) haben die Delegierten nicht nur inhaltlich die Weichen für die nächsten zwei Jahre gestellt, sondern sich zudem intensiv mit der Bildungsfinanzierung befasst. Warum? Weil sie die Basis für nahezu jede von uns geforderte Verbesserung des Schul-, Hochschul- und Erwachsenenbildungssystems darstellt. Natürlich gibt es auch bildungspolitisch viel zu tun, was zu Recht im Fokus der GEW bleiben muss, aber kurz gesagt: Ohne Moos nichts los. Darum greifen wir auch in diesem Heft auf, was die LDK zur Bildungsfinanzierung beraten hat und warum die Schuldenbremse entgegen landläufiger Ansicht unsinnig und schädlich bleibt.

Apropos bleiben: Neben den beiden stellvertretenden Landesvorsitzenden Sabine Kiel und Holger Westphal sowie zahlreichen weiteren Mitgliedern des Geschäftsführenden Landesvorstandes darf ich ebenfalls weiter an der Spitze der GEW Niedersachsen arbeiten. Dafür und für die Gestaltung der LDK danke ich den Delegierten und den Beschäftigten unseres Landesverbandes, die wieder einmal Enormes geleistet haben.

Mit solidarischen Grüßen
Laura Pooth

Foto: Jelca Kollatsch

Die GEW-Bundesvorsitzende Marlis Tepe gratuliert der Landesvorsitzenden zur Wiederwahl.

Vor den Beratungen diskutierte die GEW mit Kultusminister Grant Hendrik Tonne.

Landesvorsitzende wiedergewählt / 80 Anträge beraten

Landesdelegiertentag fordert vehement mehr Geld für Bildung

Laura Pooth wird die knapp 30.000 Mitglieder starke GEW Niedersachsen auch in den kommenden zwei Jahren führen. Beim Landesdelegiertentag in Celle erhielt die 41-jährige Oldenburgerin 94,8 Prozent der 235 Delegiertenstimmen. Die erste Gratulation kam von der GEW-Bundesvorsitzenden Marlis Tepe, die zu den zahlreichen Ehrengästen des ersten Veranstaltungstages gehörte. Die Delegierten wählten zudem Sabine Kiel aus Laatzen (80,5 Prozent) und den Osnabrücker Holger Westphal (79,9 Prozent) erneut zu stellvertretenden Landesvorsitzenden. Als Schatzmeister ersetzt Jürgen Hein (87,6 Prozent) aus Hannover seinen Vorgänger Andreas Gehrke, der nicht mehr angetreten war.

Zudem wurden die Referate des Geschäftsführenden Landesvorstandes bestimmt (Wahlergebnisse siehe Tabelle Seite 6):

- Ingrid Burmeister, Anne Kilian und Rita Vogt (Tarif- und Beamtenpolitik)
- Jörg Addicks und Cordula Mielke (allgemein bildende Schulen)
- Meike Grams und Olaf Korek (Jugendhilfe und Soziale Arbeit)
- Rolf Heidenreich und Mustafa Yalcinkaya (Ausbildung, Fortbildung, Hochschule und Forschung)
- Britta Delique, Detlef Duwe und Michael Staszak (Berufliche Bildung und Weiterbildung)
- Bernard Göbel und Katja Wehrend (gewerkschaftliche Bildung, Mitgliederbetreuung und Werbung)
- Sabine Banko-Kubis, Dr. Monika Brinker und Christine Ohnesorg (Frauen- und Gleichstellungspolitik)

Mehr Geld nötig

Einstimmig verabschiedeten die Delegierten zu Beginn der zweitägigen Veranstaltung eine Resolution zur Bildungsfinanzierung unter der Überschrift „Endlich klotzen, nicht kleckern!“, die auch von der umfangreichen Medienberichterstattung vielfach aufgenommen wurde. Darin kritisiert die GEW unter anderem, trotz berechtigter Forderungen oft auf das Totschlagargument zu stoßen, das Geld reiche nicht aus. Politik sei schlicht in der Pflicht, für die Finanzierung zu sorgen (vollständiger Text der Grundsatzresolution Seite 8).
Daneben lagen den Delegierten rund 80 Anträge zur Beratung vor, welche die Ausrichtung der Arbeit der kommenden zwei Jahre festlegen. Die verabschiedeten Anträge sind ab Ende November auf der Website des GEW-Landesverbandes unter „Bildung & Politik“ abrufbar.

Darüber hinaus sprach sich die Delegiertenkonferenz dafür aus, die Proteste und Gegendemonstrationen anlässlich des Bundesparteitages der AfD zu unterstützen. Die Rechtspopulisten tagen am 30. November und 1. Dezember in der Volkswagen-Halle Braunschweig. Die GEW ruft damit dazu auf, sich aktiv an Kundgebungen und Demonstrationen zu beteiligen.
Außerdem verabschiedete die LDK zahlreiche aktive Gewerkschafter*innen, die sich in der Vergangenheit engagiert hatten. Beispielhaft sprach der ehemalige Landesgeschäftsführer Richard Lauenstein einige lobende Worte zu seinem langjährigen Weggefährten Günter Beyer, der nach reiflicher Überlegung nicht mehr für das Referat „Ausbildung, Fortbildung, Hochschulen und Forschung“ angetreten war.

Zu Beginn des zweiten Tages stand bei der Konferenz zunächst die im März 2020 bevorstehende Personalratswahl (PRW) im Mittelpunkt. Die Delegierten bestimmten die

Die verabschiedeten Anträge sind auf der neuen Webseite www.gew-nds.de unter „Beschlüsse & Stellungnahmen“ nachzulesen.

Foto: Jelca Kollatsch

Personen, die auf der Liste für den Schulhauptpersonalrat im Kultusministerium kandidieren (siehe Seite 9). Die anwesenden Kandidat*innen wurden auf der Bühne vorgestellt und vor dem Sitzungssaal gab es erste Materialien und Informationen zur PRW. Dabei spielte auch Maskottchen Ross eine Rolle, wie in der Heftmitte dieser E&W-Ausgabe zu sehen ist.

Politische Diskussion

Zu Beginn des öffentlichen Teils am ersten Konferenztag hatten Laura Pooth, die Celler Stadträtin Susanne McDowell und die dortige GEW-Kreisvorsitzende Nina Aßmus die rund 300 Personen im Saal der „Congress Union“ herzlich begrüßt. Pooth freute sich in ihren Eröffnungsworten besonders darüber, dass mit der anschließend referierenden Wirtschaftswissenschaftlerin Prof. Dr. Mechthild Schrooten aus Bremen zu Beginn der Tagung vier Frauen in Folge das Wort hatten.

Schrooten verwies dann vor allem auf die 2008 bei einem bundesweiten Bildungsgipfel angestrebten Ziele. Demnach sollten ab 2015 zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts in die Bildung investiert werden. Dieses Ziel habe die verantwortliche Politik jedoch verfehlt, auch in Niedersachsen, führte sie aus. Man belege bei den Bildungsausgaben im Bundesvergleich einen Mittelfeldplatz. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt lägen die Ausgaben des Landes seit dem Jahr 2000 stabil bei gerade einmal zwischen 2,5 und 3 Prozent. Sie forderte daher, das Ziel der höheren Bildungsausgaben rechtlich verbindlich in einem Gesetz festzuschreiben.

Kultusminister Grant Hendrik Tonne verwies in der von GEW-Pressesprecher Christian Hoffmann moderierten Gesprächsrunde darauf, dass 2020 rund 7,2 Milliarden Euro für Schulen und Kitas ausgegeben werden sollen. Das sei ein Rekord. Niedersachsen investiere ein Fünftel seines Haushaltes in Bildung. Laura Pooth trat ihm freundlich im Ton, aber unnachgiebig in der Sache entgegen: „Es wird trotzdem einfach hingenommen, dass die Bildung sträflich unterfinanziert ist. Gemessen am Gesamthaushalt des Landes bleiben die Ausgaben für Schule, Hochschule und Erwachsenenbildung prozentual fast gleich“, kritisierte sie. Schuldenbremse und die schwarze Null seien fatale Fehler, worin sie von Prof. Schrooten unterstützt wurde. Dringend notwendigen Bildungsinvestitionen würden somit noch engere Fesseln angelegt. „Und was die Arbeitsbedingungen betrifft: Es reicht“, betonte die Landesvorsitzende.

Kultusminister Tonne kündigte mit Blick auf die jüngst beschlossene Schuldenbremse des Landes Niedersachsens an, seine Politik der kleinen Schritte fortzusetzen. Den von Pooth geforderten „großen Wurf“ werde es nicht geben können, sagte er. Er ringe jedoch um Verbesserungen und versprach, sich dafür einzusetzen. Zahlreiche kritische Fragen und Anmerkungen, die sich vor allem um die vier Kernforderungen der GEW drehten, folgten von den Delegierten in fast vierzig Minuten zum Ende der Auftakt-Teils. Die oft wenig konkreten Antworten des Ministers zu Entlastungsmaßnahmen, zum geforderten Stufenplan zu A 13 / E 13, zur Wiedereinführung der zweiten Stunde Altersermäßigung und zur Zwangsteilzeit pädagogischer und therapeutischer Fachkräfte ergaben jedoch wenig neue Erkenntnisse, was viele Delegierte trotz der sehr gelungenen Veranstaltung inhaltlich unzufrieden zurückließ.

Wahlergebnisse: Wahlen zum Geschäftsführenden Vorstand

Funktion	abgegebene gültige Stimmen	ja	nein	Enthaltungen	Ungültig	Zustimmung in %
Vorsitzende **Laura Pooth**	232	220	8	4	-	94,8
Stellv. Vorsitzende **Sabine Kiel**	231	186	16	27	2	80,5
Stellv. Vorsitzender **Holger Westphal**	229	183	24	21	1	79,9
Schatzmeister **Jürgen Hein**	234	205	8	16	5	87,6
Referat Beamten- und Angestelltenrecht **Ingrid Burmeister, Anne Kilian, Rita Vogt**	220	208	7	3	2	94,5
Referat Allgemeinbildende Schulen **Jörg Addicks und Cordula Mielke**	220	209	6	3	2	95
Referat Jugendhilfe und Soziale Arbeit **Olaf Korek und Meike Grams**	216	211	3	2	-	97,7
Referat Ausbildung, Fortbildung, Hochschule und Forschung **Rolf Heidenreich und Mustafa Yalcinkaya**	225	173	26	24	2	76,8
Referat Berufliche Bildung und Weiterbildung **Britta Delique, Detlef Duwe und Michael Staszak**	200	191	5	3	1	95,5
Referat Gewerkschaftliche Bildung, Mitgliederbetreuung und Werbung **Bernard Göbel und Katja Wehrend**	200	181	14	5	-	90,5
Referat Frauen- und Gleichstellungspolitik **Sabine Banko-Kubis, Monika Briker und Christina Ohnesorge**	190	177	4	9	-	93,2

Wahlergebnisse: Übrige Wahlen

b) Mitglieder des Hauptvorstands
Sabine Kiel (HA)
Peter Lilje (HA)

c) Schiedskommission
Anne Mehring (BS)
Monika Schaarschmidt (LG)
Tilman Schieferdecker (WE)

Manfred Erdmenger (BS)
Helmut Feldmann (LG)
Klaus Hallier (WE)
Regina Karbig (HA)
Andreas Streubel (HA)
Karin Truelsen (HA)

d) Haushaltkommission
Bernd Brombacher (BS)
Jutta Grebe (HA)
Anja Keiten (LG)
Inga Voss (WE)

Ferner sind die Schatzmeisterinnen und Schatzmeister der Bezirksverbände qua Amt Mitglied der HHK.

e) Kassenprüfer
Horst Friedrich (HA)
Hans-Jürgen Glapa (BS)

f) Antragskommission
Frank Beckmann (LG)
Günter Beyer (WE)
Petra Braband (BS)
Rebecca Brinkmann (LG)
Wencke Hlynsdóttir (WE)
Arne Karrasch (Geschäftsstelle)
Klaudia Kiesewetter (BS)
Ewa Kucmann (HA)
Cordula Mielke (LG)
Henner Sauerland (WE)
Wiebke Schulze (HA)

g) Präsidium
Thomas Dornhoff (BS)
Birgit Furtner (HA)

Foto-Impressionen der Landesdelegiertenkonferenz

1 *Aus dem Landtag: Julia Willie Hamburg (Grüne), Mareike Wulf (CDU) und Stefan Politze (SPD).*

2 *Kultusminister Grant Hendrik Tonne.*

3 *Die Celler Kreisvorsitzende Nina Aßmus.*

4 *Proteste der Landesfachgruppe Grundschule bei der Diskussionsrunde.*

5 *Katharina Voge und Heinz Bührmann bei ihren Fragen an den Minister.*

6 *Der ehemalige Geschäftsführer Richard Lauenstein.*

7 *Abstimmungen im Plenum.*

8 *Wahlen bei der LDK.*

9 *Das Präsidium der LDK: Günter Gross, Kathleen Bosse, Karina Krell und Birgit Furtner.*

Fotos: Jelca Kollatsch

Resolution der Delegiertenkonferenz 2019

Bildungsfinanzierung „Endlich klotzen, nicht kleckern!“

Der nachfolgende Resolutionstext wurde am 28. Oktober in Celle von den Delegierten verabschiedet – So ist die Lage:
Auf alle Forderungen der GEW Niedersachsen kommt von Politiker*innen aus Regierungen und Parlamenten oft das Totschlagargument: „Das Geld reicht nicht aus“. Zu oft! Damit wollen wir uns nicht abfinden. Denn wenn es inhaltliche Übereinstimmungen mit den Forderungen der GEW gibt, ist die Politik schlicht in der Pflicht, für die Finanzierung zu sorgen. Dafür wurde sie gewählt.

Foto: Jelca Kollatsch

Unterstützung kam von den Vorsitzenden (erste Reihe von links): Mehrdad Payandeh (DGB), Dietmar Schilff (GdP) und Detlef Ahting (Verdi).

Beim Dresdener Bildungsgipfel 2008 gab es die Verständigung zwischen Bund und Ländern, dass ab dem Jahr 2015 zehn Prozent des Bruttoinlandproduktes für Bildung und Forschung ausgegeben werden sollten.

Bund und Länder gescheitert
Die GEW Niedersachsen stellt fest, dass der Bund und das Land Niedersachsen beim Erreichen dieses Ziels gescheitert sind – und der Trend sogar negativ ist. Das lässt sich mit Zahlen belegen.

Die GEW fordert das Land zu einer sofortigen Trendumkehr und zu großen Sprüngen hin zum festgelegten Zehn-Prozent-Ziel auf. Dabei müssen wichtige Bildungsvorhaben verstetigt finanziert werden.

Die GEW Niedersachsen setzt dabei auf eine öffentliche – nicht private – Bildungsfinanzierung, weil Bildung nicht vom Kontostand abhängig sein darf und ein Mehr an Privatisierung ein Mehr an sozialer Spaltung bedeutet.

Steigerung dringend nötig
Damit könnten die Forderungen der GEW Niedersachsen und alle notwendigen bildungspolitischen Vorhaben angeschoben werden:

- das Ende von Zwangsteilzeit für pädagogische und therapeutische Fachkräfte
- die Anhebung von GHR-Lehrkräften auf A13/E13 (plus Besserstellung der Fachpraxislehrkräfte und Stufenangleichung der DDR-Lehrkräfte)
- die Wiedereinführung der zweiten Stunde der Altersermäßigung an den Schulen
- eine neue Arbeitszeitverordnung Schule mit spürbaren Entlastungen für alle Schulformen

plus:

- die bessere Ausfinanzierung von Hochschulen, Forschungs- und Weiterbildungseinrichtungen
- der Abbau von prekärer Beschäftigung in diesen Bereichen
- der Ausbau einer gelingenden Inklusion, Ausbau von multiprofessionellen Teams, Team-teaching, kleinere Klassen u.v.m.
- der Ausbau von politischer Bildung
- sowie weitere dringend notwendige Verbesserungen im Bildungsbereich, wie zum Beispiel der Abbau von Benachteiligungen mit dem Ziel der Chancengleichheit

Im Kern: Mindestens die Vereinbarung des Bildungsgipfels von Dresden muss endlich umgesetzt werden. Der Bildungsetat hat deutlich zu wachsen.

Foto: Christian Hoffmann

Spendensammlung für die GEW-Stiftung mit Annette Hergaden (Zweite von rechts).

Spende für Fair Childhood

Förderung der Nachhaltigkeitsziele pro Kinderbildung – gegen Kinderarbeit

Die LDK in Celle setzte ein Zeichen für Kinderrechte im globalen Süden und sammelte 580,07 Euro für die GEW-Stiftung Fair Childhood. Die Stiftung stärkt durch Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und NGOs Prävention und Beseitigung von Kinderarbeit. Das gespendete Geld soll helfen, das UN-Milleniumsziel „Primärbildung für alle“ bis 2030 zu erreichen.

Foto: Jelca Kollatsch

Landesdelegiertenkonferenz bestimmt Liste

Kandidaturen für den Schulhauptpersonalrat

Die Delegierten haben während des zweiten Tages der Konferenz in Celle auch die GEW-Liste für die Wahl zum Schulhauptpersonalrat (SHPR) festgelegt. Beim Wahltermin am 10. und 11. März 2020 werden von allen Schulbeschäftigten zudem die Schulbezirks- sowie die Schulpersonalräte gewählt.

Anlässlich der Diskussion um die Liste auf Landesebene präsentierten sich die Kandidat*innen auf der Bühne der „Congress Union“ in den vier Gruppen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen sowie Beamtinnen und Beamte. Überdies konnte der zentrale Slogan zur Wahl vorgestellt werden „Starker Rückhalt für gute Arbeit“.

Der aktuelle SHPR-Vorsitzende Holger Westphal freute sich über das Votum der Versammlung und auf den Wahlkampf. „Vor uns liegt die intensive und spannende Zeit. Hierfür brauchen wir in den Schulen, Bezirken und im Land überzeugte und aktive GEW-Mitglieder, die an allen Stellen einen aktiven Wahlkampf betreiben. Und die haben wir mit dieser Liste gefunden, wofür ich allen Beteiligten herzlich danke“, sagte er.

SHPR-Listenvorschläge

Beamtinnen

1	GS/HRS	Laura Pooth
2	BBS	Britta Delique
3	Gym	Anne Kilian
4	OBS	Cordula Mielke
5	GS	Inga Birwe
6	Ges	Katja Wehrend
7	OBS	Claudia Kiesewetter
8	GS	Silke Skowronek
9	Gym	Barbara Lottermoser
10	Ges	Ewe Michelle Jensen
11	Gym	Kathrin Gröne
12	BBS	Gaby Jakumeit
13	GS	Stephanie Reichert
14	BBS	Christine Kullik
15	RS	Heike Grebe

Beamte

1	FÖS	Holger Westphal
2	Ges	Jörg Addicks
3	Ges	Mustafa Yalcinkaya
4	BBS	Klaus Keiser
5	BBS	Fritz Böhm
6	GS	Christian Hofmann
7	HS	Ramon Hoffmann
8	Gym	Bernard Göbel
9	Gym	Florian Ehl
10	OBS	Wolfgang Gerdes

STARKER RÜCKHALT FÜR GUTE ARBEIT.

GEW

Personalratswahlen 2020

Arbeitnehmerinnen

1	Erzieherin	Hildburg Jacobj
2	Soz.Päd	Rita Vogt
3	FÖS	Christine Braun
4	Soz.Päd	Meike Grams
5	GS	Kerstin Granzow
6	Lehrkraft RS	Heike Baldauf
7	Erzieherin	Hilke Pannier-Marx

Arbeitnehmer

1	Therapeut	Arne Gruppe
2	Therapeut	Björn Steinmeyer
3	Schulass.	Roland Kölzer
4	Lehrkraft Gym	Christian Haubner-Reifenberg
5	FÖS	Giacomo Gualato

Niedersachsens Finanzminister Hilbers

Schuldenbremse: Der neueste Schrei

Über die Schuldenbremse wird diskutiert. Es gibt die Hardliner*innen, die ausnahmslos daran festhalten wollen. Niedersachsens Finanzminister Reinhold Hilbers zum Beispiel, der sich in seiner Haushaltsrede im Landtag noch einmal deutlich zur Schuldenbremse bekannte. Viele Ökonom*innen halten die Regelung aber inzwischen für hinderlich und fordern eine Reform, um den Handlungsspielraum der Fiskalpolitik zu erhöhen. Der neueste Schrei ist dabei die Unterscheidung zwischen guten investiven Ausgaben und schlechten konsumtiven Ausgaben. Das aber ist vollkommen absurd und stärkt am Ende wieder nur Leute wie Hilbers, die an ihrem fatalen neoliberalen Weltbild unbedingt festhalten wollen.

Die Niedersächsische Landesregierung hat vor einiger Zeit den Stabilitätsbericht 2019 beschlossen, der vor Eigenlob nur so trieft. So sei es gelungen, eine mittelfristige Finanzplanung bis zum Jahr 2023 aufzustellen, die nachhaltig die Einhaltung der Schuldenbremse verspricht. So ist im gesamten Planungszeitraum ein vollständiger Ausgleich von Einnahmen und Ausgaben erreicht worden, so dass es keine Deckungslücken mehr gibt. Jetzt muss sich nur noch die Außenwelt daran halten, also die Steuereinnahmen genau wie prognostiziert beim Finanzminister eintreffen – viel Glück – und Brücken, Schulen, Universitäten und Krankenhäuser dem Druck der unterlassenen öffentlichen Investitionen noch ein paar Jahre länger standhalten – toi, toi, toi.

Grober Unfug

Den Erfolg der Finanzpolitik allein auf den Ausgleich von Einnahmen und Ausgaben in den öffentlichen Haushalten zu reduzieren, ist grober Unfug, da es unter dieser Grundvoraussetzung schließlich nachrangig ist, was in der realen Welt gerade passiert. Ob Schulen, Universitäten oder Krankenhäuser mit dem Geld, das die öffentliche Hand ihnen zur Verfügung stellt, auskommen, spielt nur an zweiter Stelle eine Rolle. Entscheidend ist, dass die schwarze Null am Ende steht. Der Finanzminister formulierte im Landtag so:
„Heute ist es der Klimaschutz, morgen die Konjunktur. Aktuell haben wir die ‚abgehängten Regionen'. Außerdem die Bildung. Das sind alles wichtige Aufgaben. Aber wir müssen sehen, dass wir mit den laufenden Einnahmen die laufenden Ausgaben bestreiten. Sonst lösen wir das Problem an der einen Ecke durch ein Problem an der anderen Ecke."

Diese Argumentation ist grundfalsch, ja eigentlich skandalös, da sich der Finanzminister für die Sicherstellung des Gemeinwohls gar nicht zuständig erklärt. Was er beschreibt, ist eine Zwangsjacke, in die er sich nur allzu gern freiwillig begibt. Hilbers meint, dass notwendige Ausgaben, die in Summe zu einem Budgetdefizit führen würden, weitaus größere Probleme verursachen, als wenn man auf diese Ausgaben gänzlich verzichte oder sie erst dann vornehme, wenn die erforderlichen Mittel im Haushalt irgendwie angespart worden seien. Dieser absurden Vorstellung von Fiskalpolitik wird selten widersprochen. Im Gegenteil. Sie ist sogar Grundlage bei den Verhandlungen zu einem Gesetz, das die Schuldenbremse auch in der Landesverfassung Niedersachsens festschreibt.

Nur was passiert, wenn die mittelfristige Finanzplanung durch ein realistisches Szenario wie ausbleibende Steuereinnahmen infolge einer Wirtschaftskrise obsolet wird? Im Gesetzentwurf der Landesregierung zur Schuldenbremse ist so ein Fall gar nicht vorgesehen. Dort ist lediglich von Notzeiten die Rede, in denen dem Land gestattet werden soll, eine Kreditaufnahme zu tätigen, allerdings nur dann, wenn Zweidrittel der Abgeordneten dem auch zustimmen. Es ist offensichtlich eine Besessenheit, die die Abgeordneten antreibt, denn mit Vernunft hat das alles wenig zu tun. Umso beruhigender muss doch dann die wissenschaftliche Diskussion sein, die sich um die Schuldenbremse entwickelt hat und von Teilen der Politik durchaus wohlwollend aufgenommen worden ist.

Mehr Spielraum nötig

Viele Ökonom*innen plädieren mittlerweile für eine Aufweichung der Schuldenbremse. Sie solle so gestaltet werden, dass den Finanzminister*innen bei ihrer Ausgabenpolitik mehr Spielraum zugestanden wird. Gerade in Zeiten historisch niedriger Zinsen und einer sich eintrübenden Konjunktur müsse es in einem bestimmten Umfange erlaubt sein, Schulden aufzunehmen. Das klingt in der Tat vernünftig, entpuppt sich bei näherer Betrachtung aber wieder nur als pflichtschuldige Verbeugung vor dem neoliberalen

Weltbild. Denn unterschieden wird zwischen guten und schlechten Schulden. Geld dürfe nur aufgenommen werden, wenn dieses in Form von Investitionen einen langfristigen Ertrag einbringe. Der Bau von Brücken, Sporthallen oder die Anschaffung von Feuerwehrautos ist demnach erlaubt und gut.
Schlecht hingegen sind die konsumtiven Ausgaben. Das findet übrigens auch Finanzminister Hilbers. Bei den Haushaltsberatungen vor einem Jahr lobte er, dass die Verwendung der VW-Strafmilliarde nicht für konsumtive Ausgaben, sondern für nachhaltige Investitionen genutzt worden sei. Merke: Investitionen sind nachhaltig, konsumtive Ausgaben dagegen nicht. Das eine schaffe schließlich Werte, das andere verzehre Werte, so könnte man es übersetzen. Das klingt doch logisch? Nein. Konsumtive Ausgaben sind Ausgaben für Mieten, Büromaterial, Strom und vor allem Ausgaben für Personal. Der Finanzminister verbirgt also hinter dem neoliberalen Neusprech die Botschaft, auch in Zukunft bei den Mitarbeiter*innen des öffentlichen Dienstes ordentlich sparen zu wollen. Das betrifft dann Lehrkräfte, Beschäftigte der Polizei, der Justiz, des Zolls und natürlich auch der Berufsfeuerwehren. Denn deren Gehälter zählen zu den konsumtiven Ausgaben des Landes.
Im aktuellen Haushaltsentwurf der Landesregierung versucht der Finanzminister aber, den Eindruck neuer Kürzungsrunden zu zerstreuen. Er behauptet, dass ein weiterer Schwerpunkt des Haushalts gerade auf der Stärkung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes in Niedersachsen liege. Er begründet das mit einem Tarifabschluss, der in diesem Jahr durch den Landtag auch auf die Beamten übertragen wurde. Diese Entscheidung ist sicherlich ein guter Schritt, blendet aber aus, dass Niedersachsen zuletzt einen stark kritisierten Sonderweg gegangen war und die Beamtenbesoldung noch vor den Tarifrunden im öffentlichen Dienst regelte. Hilbers verschweigt auch, dass die Beamten für die Monate Januar und Februar 2019 leer ausgehen, obwohl der Tarifabschluss rückwirkend zum Jahresanfang gilt. Nun kennen wir den Grund: Konsumtive Ausgaben findet diese Landesregierung eben nicht so gut.

André Tautenhahn
freier Journalist

Glosse

Märchenstunde mit „Reinhold Fuchs“

Bis ins Mittelalter gehen die Verse und Sagen um die Figur des Reineke Fuchs zurück, der sich mit genialen Lügengeschichten herausredet, bis er am Ende stets als Sieger dasteht. In dieser Tradition scheint Finanzminister Reinhold Hilbers zu agieren, der jüngst mit Fabeln zu den Steuereinnahmen des Landes aufwartete. Und die niedersächsischen Medien nahmen seine windschiefen Interpretationen staunend zur Kenntnis und titelten: „Konjunktur drückt Landeseinnahmen“ oder „Weniger Geld fürs Land“. Auch die unabhängig von den faktischen Einnahmen bereits vorher festgelegte Marschroute fand Eingang in die Berichterstattung, so dass „Weniger Platz für Sonderwünsche“ zu bleiben scheint, wie eine Headline an anderer Stelle suggeriert: Fehlbehauptungen (zudem negativ konnotiert), über die sich Reinhold Fuchs trefflich in den Pelz gelacht haben wird.

Die Tatsachen indes sehen völlig anders aus als die PR-Märchen des Finanzministers: Auf höhere Steuereinnahmen verzichtet der GroKo-Staat in Berlin und damit auch in Hannover zugunsten höchst wohlhabender Kreise und Spekulanten. Trotzdem sind die Kassen seit Jahren übervoll, teilweise wurden sogar Sondervermögen gebildet, um Gelder aus dem direkten Blickfeld der Öffentlichkeit zu schaffen. Denn die Einnahmen sind zuletzt immer weiter gewachsen – allerdings etwas weniger als erwartet. 2019 werden zum Beispiel rund 420 Millionen Euro mehr Einnahmen in die Landeskasse fließen als zuvor angenommen. Und genau hier liegt die Gerissenheit des Märchenerzählers: Der Einnahme-Anstieg fällt geringer aus als vorausberechnet, was eine Mindereinnahme zu ergeben scheint – ein rhetorischer Kunstgriff, der das Gegenteil der Tatsache suggeriert.

Doch nicht alle lassen sich von den Legenden der Haushaltsbürokratie blenden. In der Braunschweiger Zeitung muss Finanzminister Reinhold Fuchs am 5. November schließlich zugeben: „Wir haben weniger Mehreinnahmen, aber immer noch eine beträchtliche Steigerung des Steueraufkommens.“ So sieht also die Realität aus.

Anfang November meldete dann übrigens das Landesamt für Statistik, dass sich die Nachfrage nach Industriegütern aus niedersächsischer Produktion im September 2019 gegenüber einem Jahr zuvor um 11 Prozent gesteigert habe. Von einer Eintrübung der Aussichten also keine Spur. Wie das jetzt aber dennoch die Einnahmesituation bei den Steuern mindert und alle zum Gürtelengerschnallen zwingt, kann wohl nur noch einer (v)erklären: Reinhold Fuchs, der brillante Märchenonkel.

Christian Hoffmann

Digitalpakt – nicht nur – an BBS

Zum Leben zu wenig…

Im Frühjahr 2019 hat die Bundespolitik mit einer Grundgesetzänderung den Weg frei gemacht für die Umsetzung des Digitalpakts. Dieser soll Bundesmittel im Umfang von fünf Milliarden Euro an die Schulen bringen, Länder und Kommunen geben mindestens zehn Prozent hinzu. Die Fördersumme erhöht sich so auf gut 5,5 Milliarden Euro. So sollen die Schulen mit schnellem Internet, digitalen Präsentationsmedien und Endgeräten ausgestattet werden. Klingt erstmal nach viel Geld. Aber kann das reichen?

Die Bedarfe der berufsbildenden Schulen (BBS) unterscheiden sich aus verschiedenen Gründen von denen der allgemeinbildenden Schulen. Reichen die im Rahmen des Digitalpakts zur Verfügung gestellten Mittel insgesamt aus? Das haben die Autoren in einer Studie, die im Rahmen der GEW-Initiative „Bildung. Weiter denken!“ erstellt wurde,[1] tiefergehend untersucht. Hier ihre Zusammenfassung:

Bei der Abschätzung des Bedarfs der berufsbildenden Schulen orientieren wir uns an der Methodik und an den Modellannahmen einer Studie von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der Universität Bremen. Sie gehen von Durchschnittskosten von 402 Euro pro Jahr und Schülerin beziehungsweise Schüler an einer idealtypischen allgemeinbildenden Schule der Sekundarstufe aus. Die zugrunde gelegten Modellannahmen sehen unter anderem die Ausstattung aller Klassen- und Fachräume mit modernen Präsentationsmedien sowie ein digitales Endgerät für jede Schülerin und jeden Schüler vor. Auch der IT-Support durch Fachkräfte findet Berücksichtigung.[2] Wir übertragen diese Modellannahmen und die für 14 Einzelpositionen ausgewiesene Kostenschätzung, nehmen aber an einigen Stellen Anpassungen an die spezifischen Bedürfnisse der berufsbildenden Schulen vor. So tragen wir beispielsweise höheren Lizenzkosten aufgrund berufsfeldspezifischer Software sowie einem höheren Aufwand für die pädagogische Koordination in Form von Anrechnungsstunden Rechnung. Außerdem ergänzen wir zwei weitere Ausgabenpositionen: dienstliche Endgeräte für Lehrerinnen und Lehrer sowie regelmäßige Fortbildungen. Darüber hinaus berücksichtigen wir auch, dass Berufsschülerinnen und -schüler in der dualen Ausbildung als Teilzeitschüler*innen weniger schulische Ressourcen binden, als das im Rahmen der vollzeitschulischen Berufsbildung der Fall ist. Im Ergebnis können wir mit jährlichen Durchschnittskosten in Höhe von 387 Euro pro Schülerin oder Schüler an der Teilzeit-Berufsschule rechnen. Für die Vollzeitschüler*innen gehen wir von 470 Euro aus.

Anhand dieser Schätzwerte lassen sich die zu erwartenden Kosten unter Zugrundelegung der aktuellen Schüler*innenzahlen berechnen. Für die rund 117.000 Schüler*innen, die in Niedersachsen einen vollzeitschulischen Bildungsgang an einer berufsbildenden Schule besuchen, wäre für eine digitale Mindestausstattung ein Betrag von 55 Millionen Euro pro Jahr erforderlich (Tabelle 1). Für die knapp 150.000 Schüler*innen, die im Rahmen einer dualen Ausbildung an den Lernorten Betrieb und in der Teilzeitberufsschule lernen, wären es knapp 58 Millionen Euro. In der

Tabelle 1: Digitale Ausstattung der berufsbildenden Schulen: Schätzung der Gesamtkosten pro Jahr (in Euro)

	Schüler*innen Vollzeit	Schüler*innen Teilzeit	Kosten Vollzeitsystem in Euro	Kosten Teilzeitsystem in Euro	Kosten insgesamt in Euro
Niedersachsen	117.091	149.793	55.032.770	57.969.891	113.002.661
Deutschland	1.079.244	1.411.218	507.244.680	546.141.366	1.053.386.046

Quelle: George/Klinger 2019, S. 13

Tabelle 2: Digitale Ausstattung der berufsbildenden Schulen: Verteilung der Kosten auf die Kostenträger pro Jahr (in Euro)

	Kommunale Schulträger	Privatschulen	Land	Ausbildende	Summe
Niedersachsen	76.580.574	9.260.958	9.185.969	17.975.160	113.002.661
Deutschland	695.505.522	105.365.407	83.168.957	169.346.160	1.053.386.046

Quelle: George/Klinger 2019, S. 16

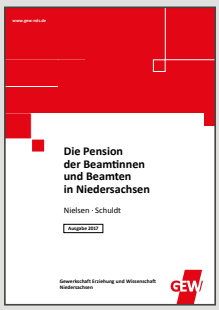
Summe ist für die berufsbildenden Schulen in Niedersachsen pro Jahr mit Kosten von 113 Millionen Euro zu rechnen. Bundesweit ergibt sich so ein Bedarf von gut einer Milliarde Euro.
Darüber hinaus können wir auch abschätzen, welcher Anteil auf die Kommunen als Träger der „äußeren“ Schulangelegenheiten und welcher Anteil auf das für die „inneren Angelegenheiten“ zuständige Land entfällt. Auch private Ersatzschulen werden gesondert berücksichtigt. Wir gehen davon aus, dass auch die ausbildenden Unternehmen einen Anteil der Kosten tragen müssen: Digitale Endgeräte können inzwischen durchaus als unerlässliche Ausbildungsmittel verstanden werden, so dass im Kontext der dualen Ausbildung die ausbildenden Unternehmen für deren Anschaffung aufkommen müssen. Die Verteilung auf die Kostenträger für Niedersachsen sowie für Gesamtdeutschland ist in Tabelle 2 dargestellt.
Niedersachsen erhält in den fünf Jahren der Laufzeit des Digitalpakts 470 Millionen Euro an Bundesmitteln. Dies ergibt unter Berücksichtigung der Kofinanzierung um zehn Prozent einen Betrag von gut 100 Millionen Euro pro Jahr. Die Digitalpakt-Mittel decken somit noch nicht einmal den von uns ermittelten Gesamtbedarf der berufsbildenden Schulen in Niedersachsen ab, für die allgemeinbildenden Schulen bliebe kein Cent übrig. Aus unserer Sicht müssen die Mittel aus dem Digitalpakt verstetigt werden, um insbesondere den Kommunen zu ermöglichen, sich den neuen Daueraufgaben im Zusammenhang mit der Digitalisierung von Schule zu stellen. Dabei geht es um weit mehr als die Ausstattung mit digitalen Präsentationsmedien und Endgeräten. Insbesondere zur Bereitstellung des technischen Supports durch IT-Fachkräfte besteht ein erheblicher Personalbedarf, denn diese Aufgabe kann und soll nicht von den Lehrkräften zusätzlich geleistet werden.

Roman George
ist Referent für Bildungspolitik der GEW

Ansgar Klinger
leitet den Vorstand-bereich Berufliche Bildung und Weiterbildung im GEW-Hauptvorstand

[1] Roman George/Ansgar Klinger (2019): Mehrbedarfe für eine adäquate digitale Ausstattung der berufsbildenden Schule im Lichte des Digitalpakts, Frankfurt.
[2] Andreas Breiter/Anja Zeising/Björn Eric Stolpmann (2017): IT-Ausstattung an Schulen: Kommunen brauchen Unterstützung für milliardenschwere Daueraufgaben, Gütersloh.

Neue Broschüren der Landesrechtsstelle der GEW Niedersachsen



Mitglieder können die Broschüren kostenlos über ihren GEW-Bezirks- oder Kreisverband beziehen.

„Die Pension der Beamtinnen und Beamten in Niedersachsen“

Vor sieben Jahren brachte der Landesverband erstmalig die Pensionsbroschüre heraus, die die Mitglieder in verständlicher Weise über die rechtlichen Grundlagen zur Berechnung der Pension und der Hinterbliebenenbezüge informieren sollte.

Wegen der großen Nachfrage und aufgrund wichtiger Änderungen des im Jahr 2011 erlassenen Niedersächsischen Beamtenversorgungsgesetzes wurde nun eine Neuauflage notwendig.

Die vorliegende Broschüre klärt über Arten der Pensionierung auf, stellt die rechtlichen Grundlagen zur Berechnung der Beamtenversorgung dar und beschreibt, worauf im Falle der Pensionierung zu achten ist. Für alle, die tiefer in die Materie einsteigen möchten, wurde die Broschüre um eine Fallsammlung ergänzt.

„Schwangerschaft, Kind und Beruf“

Das begrüßenswerte bundespolitische Bestreben nach Verbesserung der Arbeitsbedingungen weiblicher Arbeitskräfte und hier insbesondere der Kinder erziehenden Mütter hatte in den vergangenen Jahren vielfältige gesetzliche Änderungen zur Folge. Werdende Mütter und Kindererziehende sehen sich bei ihrer Lebensplanung mit teilweise nur schwer verständlichen rechtlichen Regelungen konfrontiert und nicht in der Lage, diese mit ihrem individuellen Planungsbedarf in Einklang zu bringen.

Diese Broschüre, die unter Mitarbeit des Referats Frauen- und Gleichstellungspolitik entstanden ist, soll einen Überblick über die rechtlichen Möglichkeiten rund um Mutterschutz, Schwangerschaft und Kinderbetreuung liefern. Sie soll der Unterstützung der Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten und der Personalvertretungen dienen, ersetzen kann sie die wertvolle individuelle Hilfe vor Ort selbstverständlich nicht.

Jubiläum des GEW-Magazins

70 Jahre „Erziehung und Wissenschaft Niedersachsen“

Im November 1949 erschien mit der ersten Ausgabe der „NLZ“ – Niedersächsische Lehrerzeitung die Vorläuferin und Keimform der heutigen Erziehung und Wissenschaft Niedersachsen. 70 Jahre sind eine beachtliche Zeitspanne und Anlass genug, Rückschau zu halten und einige immer wieder bedeutsame Punkte anzusprechen.

Gewerkschaftliche Medien und Gewerkschaften stehen in einer dialektischen Wechselbeziehung. Die Medien werden von ihren Trägerorganisationen geschaffen und wirken positiv auf diese zurück, wenn sie deren Zusammenhalt, innere Fortentwicklung, äußere Wirksamkeit und Durchsetzungsfähigkeit unterstützen. Damit sie diesen Aufgaben gerecht werden können, müssen sie über eine entsprechende Souveränität verfügen. Gewerkschaftszeitungen sind zugleich einerseits Spiegelbild und andererseits Gestaltungsmittel gewerkschaftlicher Praxis und müssen deshalb immer wieder im Kontext mit der jeweiligen gewerkschaftlichen Arbeit und deren ökonomischen, sozialen und politischen Handlungsbedingungen und Herausforderungen betrachtet werden.

Die GEW wurde 1948 von Volksschullehrervereinen, die in der Weimarer Republik noch zum Beamtenbund gehört hatten, und von ehemaligen Mitgliedern der kleinen, sozialistisch orientierten Freien Lehrergewerkschaft gegründet und Mitglied des DGB. Der Beitritt erfolgte noch unter der Bedingung, dass der DGB das Berufsbeamtentum anerkannte, der GEW eigene Finanzhoheit und Presse und eine eigene Beitragsregelung zugestand. Die Mitglieder wurden nach Berufen, nicht nach Betrieben organisiert. Mit der Zeit sind dann weitere Lehrer*innen- und Pädagog*innengruppen und Wissenschaftler*innen als besondere Fachgruppen dazugekommen und so hat sich die GEW langsam zur Bildungsgewerkschaft weiterentwickelt. Noch heute ist für sie kennzeichnend, dass sie zugleich Gewerkschaft ist und weiterhin Fachverbandsqualitäten besitzt, sich stärker als andere Gewerkschaften auch mit fachlich-inhaltlichen Fragen der organisierten Berufe befasst. Die Zeitung der Bundes-GEW war die ADLZ, die Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung, die 1972 in Erziehung und Wissenschaft umbenannt wurde.

Im 1947 gegründeten Bundesland Niedersachsen schlossen sich der Gesamtverband Braunschweiger Lehrer (GBL), der Lehrerverband Niedersachsen (LVN) und der Verein Oldenburgischer Lehrerinnen und Lehrer (VOLL) erst 1958 zum Gesamtverband Niedersächsischer Lehrer (GNL), dem einheitlichen niedersächsischen Landesverband der GEW zusammen. Alle drei Verbände hatten zuvor einzeln der GEW angehört. Bereits ab November 1949 wurde die Niedersächsische Lehrerzeitung als Gemeinschaftsorgan herausgebracht und den Mitgliedern zugeschickt. Sie hatte einen Umfang von zwanzig Seiten im DIN A 4-Format. GBL und VOLL verfügten über eigene Seiten und hatten dafür eigene Redakteure. Von der Vertreterversammlung des LVN gewählter Redakteur oder – wie es damals noch hieß – „Hauptschriftleiter“ der NLZ war Otto Poremba, Rektor in Letter bei Hannover. Die Zeitung war primär Verbandsmitteilungsorgan, gelegentlich ergänzt um Beilagen wie „Beamtenrecht, Besol-

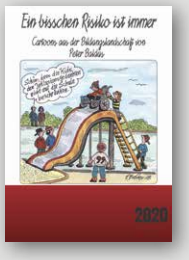
dung und Versorgung“, „Die pädagogische Beilage“, „Der Jugendbuchberater“. Von April 1955 bis März 1970 war Wilhelm Meins, Rektor aus Melle und langjährig auch Vorsitzender des damaligen Bezirksverbandes Osnabrück, „Schriftleiter“. Von Mai 1951 bis März 1965 erschien die Zeitung monatlich zweimal, ab April 1965 wie ganz zu Anfang wieder monatlich, da die ADLZ ab Juli 1965 allen Mitgliedern zugestellt wurde.

1969 beschloss die Vertreterversammlung der GEW Niedersachsen in Göttingen weitere Schritte zur Transformation der GEW vom Lehrer*innenverein zur Gewerkschaft. Dies betraf auch ihre Presse. Ab April 1970 wurde zum zweimaligen Erscheinen pro Monat zurückgekehrt. Zum Monatsersten erschien eine Ausgabe der ADLZ mit vierseitiger Niedersachsenbeilage, ab 15. eine Nummer unter dem Titel Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung Ausgabe Niedersachsen im sogenannten Berliner Zeitungsformat. Mit der Umstellung schied Wilhelm Heims aus dem Amt des seit der Göttinger Reform nicht mehr von der Vertreterversammlung zu wählenden Hauptschriftleiters aus. Als Redaktion wurden Hans Lehnert und Karsten Reinecke eingesetzt, die ab September 1969 beziehungsweise April 1970 hauptamtlich für den Landesverband tätig waren. Die redaktionelle Arbeit wurde von Karsten Reinecke geleistet. Als Verlag war für die Bundes-ADLZ und die Niedersachsen-ADLZ fortan der Essener Stamm-Verlag zuständig. 1971 wurde das Format etwas verkleinert, 1972 dann auch die Niedersachsen-Ausgabe in Erziehung und Wissenschaft umbenannt. Auf Beschluss der Landesvertreterversammlung trat 1973 schließlich der Leiter des Vorstandsreferats Öffentlichkeitsarbeit in die Redaktion ein. Ab April 1973 firmierten danach Karsten Reinecke und Joachim Tiemer als Redaktion. Nach Reineckes Wechsel an die hannoversche Universität setzte der Landesvorstand ein Redaktionskollegium aus dem Landesrechtsschutzsekretär Hubert Kutsch, Hans Lehnert, Karsten Reinecke und Joachim Tiemer ein. Nach einer Satzungsänderung wurde Joachim Tiemer im Mai 1975 einstimmig vom Landesvorstand als „Schriftleiter“ für die EUW gewählt und danach ebenso wie die von ihm vorgeschlagenen weiteren Redaktionsmitglieder immer wieder bestätigt, zu denen eine Zeitlang auch der spätere Sprecher der Bundesregierung Thomas Steg gehörte. Ab September 1979 wurde die Bezeichnung „Schriftleiter“ durch Verantwortlicher Redakteur ersetzt. Sein Amt hat Joachim Tiemer fast unvorstellbare 36 Jahre lang mit großem persönlichem Einsatz, hoher Kompetenz und Souveränität ausgeübt; die GEW war und bleibt ihm dafür zu großem Dank verpflichtet. Unter seiner Leitung wurde die EUW zum GEW-intern wie öffentlich vielbeachteten Presseorgan eines sehr aktiven GEW-Landesverbandes. Wegen der Umstellung der Bundes-EUW auf das Magazinformat erschien die EUW Niedersachsen ab 1976 nicht mehr im Verbund, sondern wieder unabhängig bis auf einige Doppelnummern einmal monatlich. Anfang 1999 wurde das Format etwas handlicher gestaltet; durch neue Herstellungs- und Drucktechnik kam auch mehr Farbe zum Einsatz.

Kurz nach der Landesdelegiertenkonferenz (LDK) 2009 erklärte Joachim Tiemer, mit Abschluss der Amtsperiode auch in den „gewerkschaftlichen Ruhestand“ eintreten zu wollen. Im Dezember 2010 beschloss der Geschäftsführende Vorstand, dass Richard Lauenstein ab Ende 2011 die Aufgabe des Verantwortlichen Redakteurs übernehmen sollte. Lauenstein war seit Mai 1979 hauptamtlich für die GEW Niedersachsen tätig, kam aus der linkssozialistischen Studentenbewegung und hatte seit 1989 in der EUW-Redaktion mitgearbeitet. Das von ihm vorgeschlagene Konzept für einen Neuauftritt, der zugleich bislang Bewährtes fortführte und einige Veränderungen vorsah, wurde im Geschäftsführenden Vorstand (GV), in einer Arbeitsgruppe des GV, in der Redaktion und im Landesvorstand breit erörtert und fand in der LDK im Oktober 2011 große Zustimmung. Festgehalten wurde an einer den GEW-Internetauftritt ergänzenden eigenständigen Printausgabe der EUW Niedersachsen, die im DIN A 4-Magazinformat von einer verkleinerten Redaktion mit professionellen Dienstleistern in Abstimmung mit den Organen des Landesverbandes und unterstützt durch einen Redaktionsbeirat produziert werden sollte. Die Redaktion bildeten Richard Lauenstein und Nicole Puscz – unterstützt vom Mediendesigner Aron Jungermann. Lauenstein ging im Mai 2017 in den „gewerkschaftlichen Ruhestand“. Seine Aufgaben als Verantwortlicher Redakteur und Pressesprecher übernimmt seitdem der Gewerkschaftssekretär Christian Hoffmann.

Die GEW bleibt doppelt gefordert: als Interessenvertretung der aktuell, künftig und ehemals abhängig Beschäftigten im Bildungs- und Wissenschaftsbereich einer zunehmend von Ungleichheit und neoliberaler Deformierung gekennzeichneten Gesellschaft und als Pressure Group der Demokratisierung der Bildungsverhältnisse. Organisationspolitisch nachhaltig, das zeigen viele in Jahrzehnten in der EUW dokumentierte Erfahrungen, ist vor allem eine konzeptionell überzeugende und erfolgreiche gewerkschaftliche Praxis, über die innergewerkschaftlich wie nach außen gerichtet kompetent kommuniziert wird. Nicht als Ersatz, sondern als Unterstützung für gemeinsames interessenorientiertes Handeln und das gute Gespräch vor Ort darüber wird auch die Erziehung und Wissenschaft ihren Wert noch lange behalten.

Richard Lauenstein



Cartoon-Kalender 2020

Peter Baldus, langjähriger Cartoonist der E&W Niedersachsen, präsentiert für 2020 einen Kalender mit teils komischen, teils nachdenklichen Karikaturen. Der Kalender im DIN-A4-Format hat 14 Farbblätter, Spiralbindung und kostet 6 Euro zuzüglich Versandkosten.
Solange der Vorrat der kleinen Auflage reicht kann er bestellt werden bei Ilse Lange,
E-Mail **erwin.eimer@gmx.de**

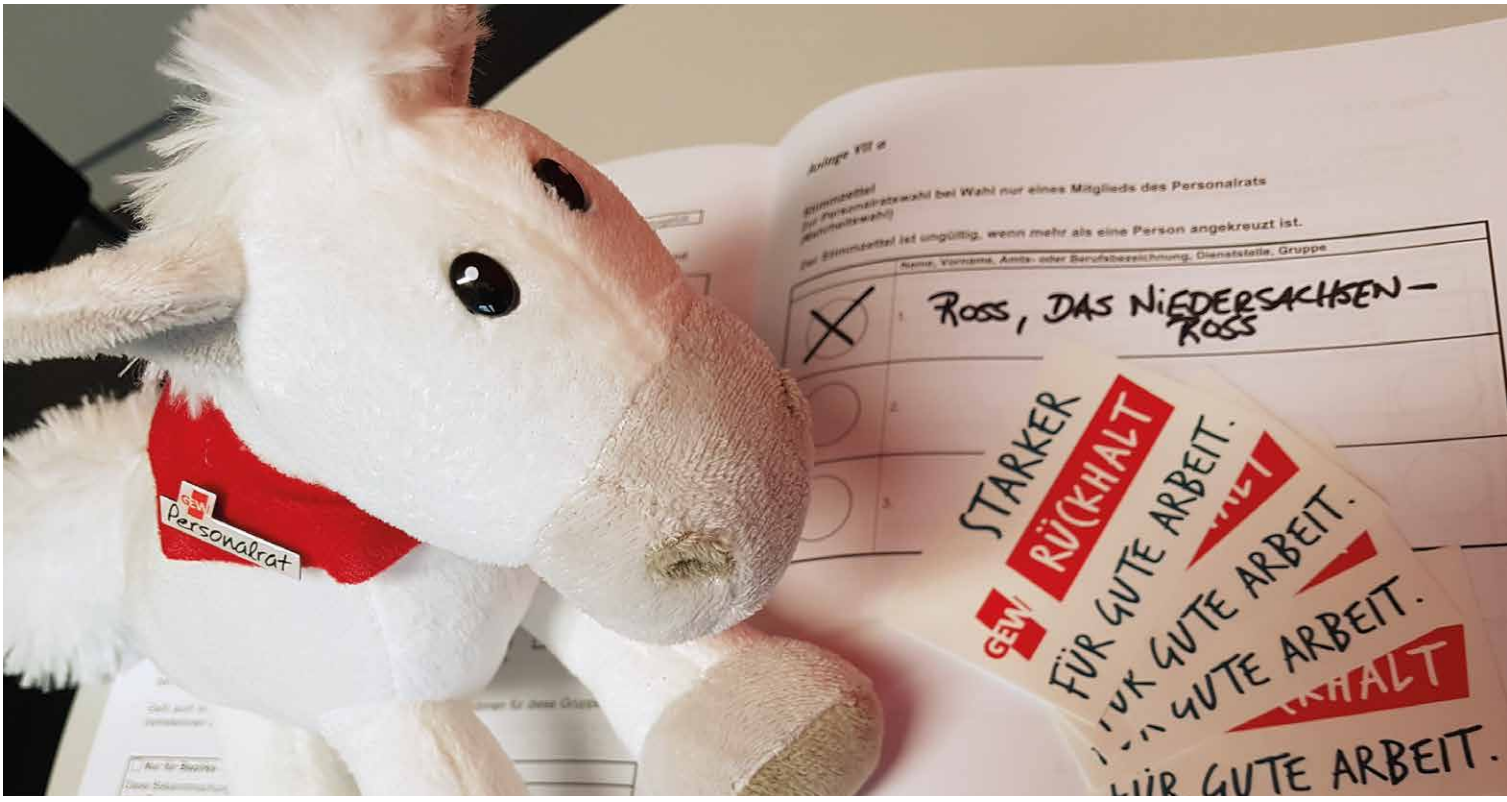


Foto: Christian Hoffmann

Für die GEW-Kampagne zur Personalratswahl 2020

Fotowettbewerb: Wo fehlt Ross?

Die GEW Niedersachsen stellt ihren Mitgliedern unter www.gew-nds.de/prw2020 Materialien zur Verfügung, die für den Personalratswahlkampf einfach heruntergeladen werden können (Mitglieds-Login erforderlich). Besonders für die Bereiche Online und Social Media sind Mittel und Ideen dabei – so wie im nebenstehenden Einhefter: einige Tipps sowie je ein Plakat in DIN A 4 und A 3.

Doch manche Aktiven könnten eventuell noch mehr Unterstützung gebrauchen. Dafür gibt es zwei weitere Möglichkeiten:

- Wo fehlt Ross? Der Landesverband verlost 50 Kuscheltier-Rösser, die insbesondere als Fotomotive helfen können, die durchaus ernsten Botschaften der GEW in lockerer Form zu vermitteln. Wer eines der 50 Maskottchen haben möchte, schickt ein Foto an **presse@gew-nds.de**, auf dem Ross eigentlich dabei sein muss. Was sollte Ross in eurer Schule nicht verpassen, bei welcher Aufgabe könnte er GEW-Aktive unterstützen? Die 50 besten Bilder, auf denen Ross NICHT zu sehen ist, werden mit einem Kuscheltier-Pferd belohnt.

- Sind DIN A 4 und 3 nicht groß genug für den Aushang? Dann kann pro GEW-Mitglied ein Wendeplakat in DIN A 2 beim Landesverband bestellt werden, die beiden Plakatmotive finden sich hier unten. Dazu bitte die Postadresse und das Stichwort „Plakat DIN A 2“ an **aktion@gew-nds.de** mailen. Achtung: Dieses kostenlose Angebot gilt nur bis zum 6. Dezember 2019!

www.gew-nds.de/prw2020

Bundesfachtagung der AJuM in der Akademie Wolfenbüttel

Faszination Zauberwelt

Alle drei Jahre richtet die Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien der GEW (AJuM) eine dreitägige Fachtagung aus. In diesem Jahr beschäftigten sich die rund 80 Teilnehmer*innen und die geladenen Expert*innen mit der Frage, ob die fantastische Literatur im Literaturunterricht einen Platz verdient. Beleuchtet wurde das Thema aus der Sicht eines Literaturwissenschaftlers, einer Kulturwissenschaftlerin und aus der didaktischen Perspektive.

Zusammenfassend kann man sagen, dass es schade ist, dass die fantastische Literatur selten im Literaturunterricht gelesen wird, bietet sie doch interessante narrative Strukturen und einen unüblichen Blick auf die Realität. Hierdurch werden Wirklichkeitsmodelle relativiert, Leser*innen werden irritiert, bekommen einen Einblick in alternatives Denken.

Zahlreiche Klassiker der Fantastik wie Michael Endes „Unendliche Geschichte“ sind ebenso vielen Menschen bekannt wie die fantastischen Denkmodelle von Leonardo da Vinci oder Jules Vernes.

Fantastische Literatur hat viele Facetten: Den pädagogischen Diskurs entdecken wir beispielsweise bei „Harry Potter“, der seine besonderen Fähigkeiten trainieren und ethisch korrekt anwenden lernen muss. Psychologische Themen wie Angstbewältigung oder Lösungsmöglichkeiten interkultureller Konflikte werden ebenso thematisiert wie politische Herrschaftsgeschichte oder auch ökologische Fragestellungen. „Fantasy ist ein spekulatives Geschichtenlabor“, sagte die Kulturwissenschaftlerin Dr. Christine Lötscher.

Fantasy nimmt bekannte Geschichten wie Mythen auf und macht daraus etwas Neues. Fantasy kombiniert Genres und verfremdet oft dadurch, dass der Mensch nicht mehr im Mittelpunkt steht.

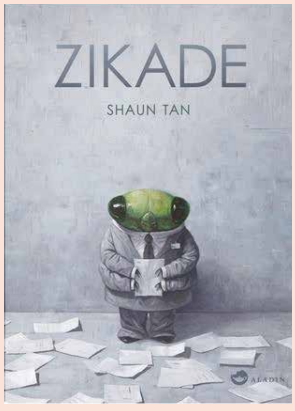
In den Workshops wurden diese Aspekte der Fantastik vertieft. Die Geschichte der Odyssee zum Beispiel findet man in vielen fantastischen Romanen. Bilderbücher spielen in fantastischen Welten. Natürlich werden fantastische Geschichten in Filmen und Computerspielen erzählt. Wie vielfältig die Rückgriffe der Autor*innen auf Vorhandenes sind, wurde bereits am ersten Tagungsabend spielerisch erfahren. Legenden, Sagen, Esoterik, historische Gesellschaftsordnungen und vieles mehr wird in der fantastischen Literatur verfremdet, macht neugierig auf das Original und bekommt durch den Einbau in fremde Welten ganz neue Perspektiven. Dies wurde auch bei der Autorenlesung von Zoran Drvenkar noch einmal deutlich.

In ihrem Vortrag fasste die Didaktikerin Prof. Dr. Karin Vach noch einmal wunderbar zusammen: Fantastische Literatur bringt vielschichtiges Erleben zur Sprache, stellt Denkgewohnheiten in Frage, gibt Raum für spielerisches Denken, und dies alles zu Fragen aus Natur, Zivilisation, Politik, psychologischer Entwicklung, kurz: zu Grundfragen des Menschseins. Fantastische Texte sind anspruchsvoll durch ihre Mehrdeutigkeit, die fremden Blickwinkel, die unbekannten Alternativen. Genau deshalb eignen sie sich, Normen und Werte zu vermitteln, sich Sachverhalten anders als gewohnt zu nähern und staunen zu lassen.

Ulrike Fiene
AJuM Niedersachsen

LesePeter der AJuM

Im Dezember 2019 erhält den LesePeter das Bilderbuch:



Shaun, Tan
Zikade
aus dem Englischen von Eike Schönfeld
Aladin Verlag, Stuttgart 2019
ISBN 978-3-8489-0163-0
32 Seiten – 17,00 € – ab 15 Jahren

Das sehr verstörende Bilderbuch für Jugendliche und Erwachsene mit dem geringen Textanteil bietet vielfältige Möglichkeiten zur Interpretation. Das trifft auf die Geschichte zu wie auch auf die beeindruckenden Bilder, die Stille und Ruhe und das Verhältnis von Mensch und Tier. Früher hätte mancher gar von „Untier“ gesprochen.

Die ausführliche Rezension (mit pädagogischen Hinweisen) ist im Internet unter **www.ajum.de** (LesePeter) abrufbar.

Arbeitskreis Queer

Fachtagung queere Pädagogik

Eine Fachtagung zu queerer Pädagogik fand vom 2. bis zum 4. Oktober 2019 in der Akademie Waldschlösschen Gelliehausen bei Göttingen statt. Sie bot zahlreiche Möglichkeiten der Vernetzung und Weiterentwicklung verschiedenster Themen der Bereiche geschlechtersensibler und diskriminierungskritischer Pädagogik.

Den thematischen Einstieg bildete ein Impulsvortrag von Juliette Wedl vom Zentrum für Genderstudies der TU Braunschweig, der dazu einlud, den ungenau definierten Vielfaltsbegriff kritisch zu hinterfragen. Ebenso sensibilisierte der Vortrag die Teilnehmenden für die Grunderkenntnis, dass es für eine diskriminierend handelnde Person immer eine subjektive Motivation für dieses Handeln geben muss, die man nicht teilen, aber erkennen und verstehen muss, um darauf angemessen reagieren und alternative Handlungsweisen aufzeigen zu können.
Weitere Dozent*innen waren Ursula Rosen vom Verein Intersexuelle Menschen e.V. mit einen Workshop zum Thema Inter*, Gerrit Petrowski von der Helene-Lange-Schule Oldenburg mit einem Workshop zu Diversitätsmanagement in Schule sowie Sandra Wolf vom Hainberg-Gymnasium Göttingen, bisher die niedersachsenweit einzige LSBTIQ* (Lesben, Schwule, Bisexuals, Transgender, Intersex & Queers)-Vertrauenslehrkraft, mit einem Workshop zu Umgang mit Labeln jenseits der Heteronormativität.
Über die Teilnehmenden, die dieser Fachtagung selbstorganisiert Leben eingehaucht haben und sich auch zum Teil im niedersachsenweiten Arbeitskreis Queer der GEW engagieren, waren verschiedene Schulen und Schulformen aus Bad Harzburg, Braunschweig, Emden, Göttingen, Hameln, Hannover, Jever, Oldenburg Papenburg und Wolfenbüttel vertreten.
Kernstück der Tagung waren Best practice-Beispiele des unterrichtlichen Alltags sowie Strategien im Umgang mit Schulleitung und Kollegium, wie für eine LSBTIQ* freundliche und diskriminierungskritische Schule geworben werden kann, ebenso wie der Austausch von Ideen und (Unterrichts-) Materialien.

Wesentliche Erkenntnisse der Tagung:

- Schule hat die Verpflichtung, einen diskriminierungsfreien Raum zu schaffen, in dem jede Person sich wohlfühlen und unbeschwert lernen kann.
- Wenn man gegen Diskriminierung an Schule vorgeht und ein sensibles Klima schafft, profitieren auf der Metaebene alle von Diskriminierung betroffenen Personen davon, unabhängig davon, ob sie aufgrund von Herkunft, Religion, sexueller Orientierung, Geschlecht, Alter oder Behinderung Ausgrenzung erfahren.
- Am besten lassen sich alternative Handlungsweisen zu Diskriminierung in einem Wertesystem verankern, das nicht auf Abwertung anderer beruht. Es lohnt sich also, auf die Hintergründe diskriminierender Personen zu schauen, um ihre Handlungsmotivation zu verstehen und sie dadurch leichter, in ihren Bedürfnissen wertschätzend, zu einer Verhaltensänderung zu bewegen.
- Vernetzung beginnt in der eigenen Schule, muss dort aber nicht enden.

Heiko Kruse
für den Arbeitskreis Queer
der GEW Niedersachsen

Neu: Unterrichtsmaterial zum DGB-Filmpreis-Gewinner „The Last Jolly Boy“

In der Reihe „Filmbildung“ des Film- und Medienbüros Niedersachsen erscheint mit dem Heft 8 umfangreiches Unterrichtsmaterial zum Dokumentationsfilm „The Last Jolly Boy“.

Der Film des Regisseurs Hans-Erich Viet porträtiert den 97-jährigen Holocaust-Überlebenden Leon Schwarzbaum. Er reist mit ihm in dessen biografische Vergangenheit und begleitet ihn bei seiner Aussage als Zeuge bei einem der letzten Auschwitzprozesse in Deutschland. 2018 hat die Dokumentation den DGB-Preis für sozial engagierte Filme gewonnen.

Das Filmheft bietet Informationen zum Film, seinen Protagonisten und der filmischen Gestaltung. Es rekonstruiert Deportationswege und bietet Einblicke in einen der letzten Auschwitz-Prozesse in Detmold 2016. Außerdem beinhaltet es ein Gespräch von Schülerinnen und Schülern aus Wolfsburg mit Leon Schwarzbaum über seine Lebenserfahrungen. Arbeitsblätter zur Thematik und Hinweise zu den entsprechenden Lehrplänen/Fächern veranschaulichen Möglichkeiten, den Film im Unterricht zu nutzen. Er eignet sich vor allem in der Jahrgangsstufe 9 oder 10 zum Einsatz im Unterricht an Gymnasien, Integrierten Gesamtschulen sowie Haupt- und Realschulen in Fächern wie Deutsch, Geschichte, Gesellschaftskunde oder Werte und Normen.

Das Filmheft steht auf **www.schulkinowochen-nds.de/content/11-publikationen** als pdf-Datei zum Download zur Verfügung.

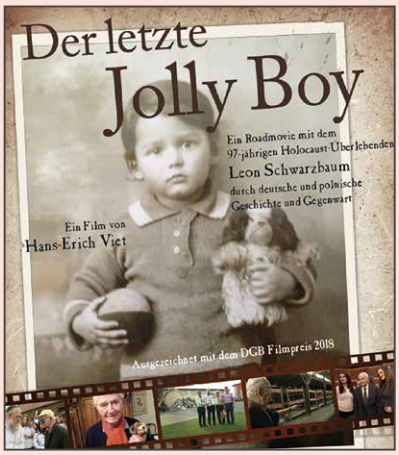


Foto: Daniel Schiller

Governance an Hochschulen

GEW-Vernetzungsveranstaltung in Osnabrück diskutiert Papier des Wissenschaftsrates

Drei Monate nach dem ersten Vernetzungstreffen (siehe E&W 5/2019, S. 23) trafen sich im Juli 2019 Studierende und Wissenschaftler*innen der Universitäten Osnabrück, Göttingen und Oldenburg sowie Vertreter*innen des GEW-Referats Ausbildung, Fortbildung, Hochschule und Forschung (AFHF) in Niedersachsen zu einem zweiten Workshopnachmittag in Osnabrück.

Ausgerichtet wurde das Treffen erneut vom Arbeitskreis (AK) Initiative Hochschulen der GEW Osnabrück-Stadt zusammen mit der studentischen Initiative „besser studieren und arbeiten“ an der Universität Osnabrück.

Thematisch ging es auch diesmal um Veränderungen in der Hochschulsteuerung: Im Oktober 2018 hat der Wissenschaftsrat „Empfehlungen zur Hochschulgovernance“ veröffentlicht. Das Papier ist bislang eher randständig rezipiert und kommentiert. Yoshiro Nakamura (AK Initiative Hochschulen der GEW Osnabrück-Stadt) stellte in seinem Impulsvortrag die verschiedenen Governance-Möglichkeiten vor, die der Wissenschaftsrat diskutiert, und analysierte die dahinterliegenden Grundvorstellungen. Der Ansatz des Wissenschaftsrates – bei aller Unschärfe, die einem Papier eigen ist, das in einer großen, heterogenen Gruppe wie dem Wissenschaftsrat entsteht, – ist offenkundig von der immer wiederkehrenden Forderung geprägt, dass hierarchisch-elitäre und kollegial-partizipative Steuerungsstrukturen eine Balance halten sollen. Diesem appellatorischen Ansatz sei entgegen zu halten, dass die Durchdringungsdynamik der hierarchischen und wettbewerblichen Steuerungsmodi bis in die tägliche Arbeit und das Studium durch den Wissenschaftsrat deutlich unterschätzt wird. Anhand anderer Governance-Beschreibungen wird erkennbar, dass die Hochschulen sich längst nicht mehr in einer Governance-Balance befinden und sich einen „Kern“ der egalitär-kollegialen Kooperation erhalten konnten, sondern sich in deutlich ausgeprägter Art dem wettbewerblich-ökonomischen Regime angepasst haben und dabei einem Transformationsprozess unterliegen.

Im Anschluss an den Vortrag entwickelte sich eine Diskussion über (Aus-)Wirkungen verschiedener Steuerungsmodi und -instrumente auf die Handlungsmuster und Arbeitskulturen an den Hochschulen. Der Einfluss der Instrumente zeigt sich nicht nur in direkten Wirkungen von Maßnahmen, sondern vor allem auch in einer Veränderung der übergreifenden Arbeits- und Studienkultur, die schwer zu fassen oder konkret zu belegen ist, aber die Werte und Grundsätze hochschulischer Arbeit substanziell verändert.

Im zweiten Teil des Nachmittages stand die strategische Ausrichtung des Netzwerkes im Mittelpunkt. Dabei zeigten sich vor allem zwei Handlungsperspektiven: Auf der einen Seite ist es erklärtes Ziel, die Basis des Netzwerks stetig zu vergrößern und auch andere Hochschulstandorte mit ins Boot zu holen. Zum anderen soll die theoretische und empirische Auseinandersetzung mit den Wirkmechanismen von strukturellen Veränderungen auf die Arbeits- und Studienbedingungen und -kulturen vorangetrieben werden.

Weitere Informationen gibt es unter **https://os-stadt.gewweserems.de/hochschulen**, direkter Kontakt zum AK Initiative Hochschulen der GEW Osnabrück-Stadt über: **hochschulen@gew-osnabrueck.de**.

Yoshiro Nakamura
für den Arbeitskreis Initiative Hochschulen des KV Osnabrück-Stadt

Lehrkräfte für Fachpraxis im Bezirk Weser-Ems

Fachtagung zu Arbeitssicherheit und Gefährdungsbeurteilungen im fachpraktischen Unterricht

Dass Bookholzberg und Umgebung für historische Stätten und landschaftliche Schönheit über die Grenzen des Weser-Ems-Gebiets hinaus bekannt und beliebt sind, hat sich weit herumgesprochen. Am 5. September kamen 41 Lehrkräfte für Fachpraxis (LfFP) aus ganz Niedersachsen aber nicht aus touristischen Gründen in das Seminarhaus der INN-tegrativ GmbH in Bookholzberg, sondern weil sie der Einladung des GEW-Ausschusses Fachpraxislehrkräfte folgten.

Die beiden Organisatorinnen Ute Scholz und Sonja Weiß vom Ausschuss Fachpraxislehrkräfte des GEW-Bezirks Weser-Ems hatten ein interessantes Programm für die diesjährige Herbsttagung der Fachpraxislehrkräfte vorbereitet.
Thematisch im Vordergrund standen die Arbeitssicherheit und Gefährdungsbeurteilungen im fachpraktischen Unterricht. Jede Lehrkraft für Fachpraxis hat sich hiermit täglich intensiv auseinanderzusetzen und Abwägungen vorzunehmen.
Die Referentin Corinna Stübbe, leitende Fachkraft für Arbeitssicherheit der Niedersächsischen Landesschulbehörde, unterstützt die einzelnen Lehrkräfte und Schulen bei der Dokumentation des Ist-Zustandes bezüglich des Arbeits- und Gesundheitsschutzes sowie gegebenenfalls bei der Beseitigung von Mängeln. Zweiter Vortragender war Dirk Pargmann vom Gemeinde-Unfallversicherungsverband (GUV) Oldenburg, der in seinem Referat auf das Zusammenspiel von Gefährdungsbeurteilung, Betriebsanweisung und Unterweisung einging. Er stellte dar, welche Aufgaben dabei die Lehrkräfte und welche die Schulleitungen zu übernehmen haben. Dass Gefährdungsbeurteilungen in bestimmten Zeitabständen und in bestimmter Form zu erstellen beziehungsweise zu überprüfen sind, wurde ebenfalls erläutert.
Am Nachmittag zeigten Hans-Gerd Bruns, ehemaliger Arbeitssicherheitsbeauftragter der Berufsbildenden Schule (BBS) Wildeshausen, und Franz Büssing, Arbeitssicherheitsbeauftragter der BBS Lohne, ein maßgeblich von Büssing entwickeltes Tool zur Erstellung von Gefährdungsbeurteilungen, welches den Schulen in Kürze zur Verfügung stehen wird.
Damit wird es dann leicht möglich sein, die einzelnen Bereiche jedes Raumes und jeder Werkstatt einschließlich der darin befindlichen Maschinen und Geräte auf ihre Gefährdungspotentiale zu untersuchen und zu beurteilen. Natürlich müssen die dabei eventuell aufgedeckten Schwachstellen dann auch zeitnah beseitigt werden. Zudem erhielten die LfFP zahlreiche Hinweise darauf, wo nützliche, praxisgerechte und damit sicherheitsrelevante Informationen zu den von ihnen betriebenen Maschinen und Geräten zu finden sind.
Alles in allem wurden den Lehrkräften für Fachpraxis viele Informationen mit auf den Weg gegeben, die die Arbeit für Schüler*innen und Lehrer*innen in den Fachpraxisräumen einfacher und sicherer machen können.

Großer Dank geht an den Ausschuss Fachpraxislehrkräfte für diese gelungene Veranstaltung. Die Frühjahrstagung des Ausschusses Fachpraxislehrkräfte wird am 19. und 20. März 2020 in der Evangelischen Familienbildungsstätte in Rastede stattfinden.

Ute Scholz

Infoheft Fachpraxislehrkräfte

Auf der Fachtagung wurde das Infoheft „Fachpraxislehrkräfte an den Berufsbildenden Schulen in Niedersachsen“ vorgestellt, an dem die beteiligten Kolleginnen und Kollegen zwei Jahre lang gearbeitet haben, bis es jetzt gedruckt werden konnte.
Das Infoheft beschreibt die Arbeits- und Besoldungsbedingungen der Fachpraxislehrkräfte in Niedersachsen. Natürlich werden dort auch die Forderungen des Ausschusses beschrieben.
Das Infoheft wird an Landtagspolitiker*innen, an die Schulleitungen der BBSen in Niedersachsen, an die Studienseminare, an Handwerkskammern und Innungen und weitere Adressaten verteilt.
Es wurde auch an Kolleginnen und Kollegen in den anderen Bundesländern geschickt - dort wird zu ganz anderen Bedingungen gearbeitet und besoldet.
Um auch hierauf die Aufmerksamkeit zu lenken, soll das Infoheft auch an die Beteiligten der Kultusministerkonferenz gesendet werden.

Die digitale Version steht zum Download auf der Homepage: **https://gewweserems.de/blog/2019/09/06/infoheft-fachpraxislehrkraefte.**

Das Infoheft darf sehr gerne weiter verteilt werden!

Sonja Weiß
Für den Ausschuss Fachpraxislehrkräfte

GEW Bezirk Weser-Ems
Staugraben 4a, 26122 Oldenburg
E-Mail: fachpraxis@gewweserems.de
https://gewweserems.de/blog/category/fachgruppe/fg-fachpraxis

Fachgruppe Grundschulen im Bezirk Hannover am 9. und 10. September

Hospitationsfahrt nach Schüttorf

Warum ausgerechnet in die Grafschaft Bad Bentheim nach Schüttorf? So sehr diese Grundschule (GS) auch am Rand Niedersachsens nahe der westfälisch-niederländischen Grenze liegen mag, so zentral steht sie seit 2016 im Blickpunkt pädagogischer Schulentwicklung: Die GS Süsteresch bekam 2016 den Hauptpreis des „Deutschen Schulpreises“. Dies weckte auch in der Fachgruppe Interesse.

Die GS Süsteresch ist eine Offene Ganztagsschule mit 270 Schüler*innen, 50 Mitarbeiter*innen und 20 Lehrkräften – über dem Eingang steht der Hinweis: „Offen für alle Konfessionen“. Wie sich dann herausstellte, ist es tatsächlich die einzige Schule ohne konfessionelle Bindung in Schüttorf. Früher im Ruf einer sogenannten Resteschule, war der Zustand der Schule insgesamt auch nicht gerade der beste, wie Schulleiter Heinrich Brinker einführend erklärte. Dies wurde der Auslöser für den langen Umstrukturierungsprozess – ermöglicht vor allem aufgrund des Engagements und der Leidenschaft der dort arbeitenden Menschen. Voraussetzung sei die Bewusstwerdung der Ist-Situation und des Leidensdrucks auf der einen und das Zulassen von Visionen, Wünschen und Zielen im Kollegium auf der anderen Seite. Transparenz und Einbeziehung von Eltern, externe Beratung, Hospitation in sogenannten Leuchtturmschulen und nicht zuletzt leider auch maßgeblich die Suche nach zusätzlichen Geldquellen ermöglichen das Ergebnis, das die Fachgruppe für eineinhalb Tage kennenlernen durfte. Die Ausstattung von 100 für alle jederzeit nutzbaren Computerarbeitsplätzen und ein tatsächlich funktionierendes internes digitales System zeugen vom Erfolg. Ein wichtiger Eckpunkt ist außerdem die Teilnahme am Erasmus-Programm: GS Süsteresch ist mit Europa vernetzt, viele gemeinsame Austauschreisen mit Lehrkräften und Schüler*innengruppen fanden schon statt. Alle in der Fachgruppe beeindruckte die Stille in der Schule – es läutet keine Schulglocke, der offene Anfang geht unbemerkt in den Unterricht über, kein Rempeln und Schreien weit und breit... „Die Stille war mir anfangs richtig unheimlich“, meinte der Hausmeister, als er die Irritation der Besuchergruppe mitbekam. Das schuleigene Konzept ist regelrecht zu spüren – durchdrungen vom Leitgedanken, dass sich Lernen situativ und im sozialen Kontext vollzieht und als Voraussetzung für die aktive „Aneignung von Welt“ Neugier, Lernfreude und Wertschätzung gesehen werden. Dazu gehören neben dem Angebot von Lernateliers – Schulradio, Schülerdruckerei, Forscherlabor, Malinsel, Bibliothek und vieles mehr – auch die ernstgenommene Partizipation der Schülerinnen und Schüler. So erleben diese, dass eingebrachte Vorschläge aus dem Schülerparlament wie zum Beispiel eine Änderung im Ganztag tatsächliche Wirkung haben: Nach drei Monaten Probephase wurde dem Wunsch nach freiem Spiel und täglicher Wahlmöglichkeit für angebotene Aktivitäten entsprochen. „Ein kluger Vorschlag der Kinder – es ist so entspannt wie nie zuvor im Ganztag“, schwärmt die Konrektorin Heike Draber. Konzeptionell wird nach der „Didaktik des weißen Blattes“ gearbeitet: das heißt Verzicht auf vorstrukturiertes Lehrmaterial. Die Kinder „schreiben“ eigene Lernbücher – Lernen geschieht weniger kopierend, sondern durch sprachliche und mathematische Eigenproduktionen. In gemeinsamen Arbeitstreffen werden von den Lehrkräften fachthematische Unterrichtsmaterialien erstellt, die allen Kolleg*innen über einen schulinternen digitalen Pool zur Verfügung stehen (mit möglicher individueller Anpassung). Zusammenfassend beschreiben Stichwörter wie Entschleunigen, nachhaltiges Lernen und Nutzen von Synergieeffekten das produktive Arbeitsklima der GS Süsteresch.

Hinter allem steht jedoch die spürbare Wertschätzung gegenüber den Kindern: In jedem wird ein „Potenzial, was es zu entfalten gilt“, gesehen und die Energie darauf ausgerichtet, ein „Lebens- und Lernhaus mit Wohlfühlcharakter“ für alle zu entwickeln. Das ist überzeugend gelungen. Es war ein fruchtbarer Austausch mit nachhaltigem Eindruck und informativen Gesprächen. Und ganz nebenbei hatte die Gruppe eine wunderbare Wanderung von Schüttorf nach Bad Bentheim.

Susan Bartels de Pareja

Fotos: Susann Bartels de Pareja

Kreisverband Wesermarsch

Heiko Pannemann nimmt Abschied

Auf der Jahreshauptversammlung des Kreisverbandes der GEW Wesermarsch am 25. September wurde das langjährige Mitglied des Vorsitzendenteams Heiko Pannemann aus seiner Tätigkeit für die GEW verabschiedet.

Seit 30 Jahren war er Mitglied des Kreisvorstandes und seit 2003 im Vorsitzendenteam. Seinen Entschluss, nun nicht wieder zu kandidieren, hatte der 70jährige bereits vor zwei Jahren angekündigt, so dass Zeit genug war, ein neues Team zusammenzustellen. Künftig wird der Kreisverband von drei Frauen geleitet, von denen Anja Drees bereits seit vier Jahren an der Seite von Heiko Pannemann im Vorsitzendenteam gearbeitet hat. Auch bei den weiteren Mitgliedern des einstimmig neugewählten zwölfköpfigen Vorstands gibt es eine gute Mischung von in der Vorstandsarbeit erfahrenen und jüngeren Kolleg*innen, die sich neu einarbeiten müssen.

Foto: Christoph Reiprich

Heiko Pannemann kandidierte nicht wieder für das Vorsitzendenteam. Anja Drees (rechts) wurde in ihrem Amt bestätigt. Neu gewählt wurden Ute Dierken (links) und Katrin Wieners.

Pannemanns Amtsvorgänger Dieter Knutz, der 2003 in die Funktion des Bezirksvorsitzenden der GEW Weser-Ems gewechselt hatte, würdigte dessen verdienstvolle Tätigkeit, mit der er dazu beigetragen habe, dass die Wesermarsch über einen exzellent organisierten Kreisverband verfüge. Der scheidende Kreisvorsitzende sei ein Aushängeschild der GEW in der Wesermarsch, er sei Ansprechpartner vieler Kolleg*innen gewesen, denen er mit Rat und Tat zur Seite gestanden habe. Er ging auch auf die schwierige Zeit ein, in der Pannemann aufgrund des Radikalenerlasses vom Berufsverbot bedroht war, obwohl er als Lehrer tadellose Arbeit leistete. Damals sollten sogenannte Verfassungsfeinde aus dem öffentlichen Dienst entfernt werden. Heiko Pannemann wurde vorgeworfen, bei den Kommunalwahlen 1981 auf der Liste der DKP kandidiert zu haben – deswegen sollte er aus dem Schuldienst entlassen werden.

Es formierte sich eine breite Welle der Solidarität in der Wesermarsch, die den Verbleib des allseits angesehenen Lehrers forderte. Seine Kolleg*innen und Schüler*innen, zahllose Eltern, die GEW, eine breite Öffentlichkeit und auch bekannte Persönlichkeiten wie der damalige Landrat Udo Zempel (SPD) engagierten sich für Heiko Pannemann und protestierten lautstark gegen seine geplante Entlassung. Höhepunkt war eine Solidaritätskundgebung in der vollbesetzten Markthalle in Rodenkirchen. Das langandauernde Disziplinarverfahren endete schließlich im Jahr 1985 vor dem Verwaltungsgericht Oldenburg mit einem Freispruch. Dieter Knutz hob hervor, dass Pannemann sich trotz des drohenden Berufsverbots nicht politisch zurückgezogen, sondern sich noch stärker engagiert habe, vor allen Dingen in der GEW.

Heiko Pannemann bedankte sich für die Würdigung seines Engagements für die GEW und betonte, dass er sich nun zwar aus dem Vorsitzendenteam zurückziehe, aber weiterhin mit Rat und Tat zur Verfügung stehe, um einen guten Übergang in der weiteren Arbeit des neuen Kreisvorstandes zu gewährleisten. Die Mitgliederversammlung verabschiedete ihn nicht nur mit einem Präsent, sondern auch mit langanhaltendem Beifall.

Im weiteren Verlauf der Versammlung referierte der Bezirksvorsitzende Stefan Störmer zur gegenwärtigen bildungspolitischen Lage in Niedersachsen, daran schloss sich eine lebhafte Diskussion an.

Die Frage: Was wäre, wenn…?

In lockerer Folge sollen hier die Mitglieder des E&W-Beirates (er berät und unterstützt die beiden Redaktionsmitglieder) gebeten werden, eine aktuelle Frage zu beantworten. Diesmal Wencke Hlynsdóttir.

Was würdest du tun, wenn du für einen Tag niedersächsische Kultusministerin wärst?

Wenn ich für einen Tag niedersächsische Kultusministerin wäre, würde ich die Weichen dahingehend stellen, dass die Frauen und auch Männer, die sich in Elternzeit unter völliger Freistellung befinden, die Bedingungen bekämen, um arbeiten gehen zu können. Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf unter einen Hut zu bekommen sprechen wir hier beispielsweise von Versetzungen an Wunschorte, von verlässlicher, langfristiger Planbarkeit des Arbeitsalltags, von einem Teilzeit-Erlass, der Schulleitungen keinen Ermessungsspielraum zugesteht, weil er verbindlich regelt. Zwei Fliegen mit einer Klappe übrigens: Wenn die bestens ausgebildeten Frauen und Männer von der Familienarbeit in die Erwerbsarbeit zurückkämen und dadurch die Unterrichtsversorgung stiege, wäre der Quereinstieg nahezu obsolet.

Den (direkten) Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger, die bereits im System sind, würde ich berufsbegleitend eine Qualifizierung/Nachstudium anbieten, die ihren Namen verdient, damit sie endlich als adäquate Bereicherung im Schulsystem wertgeschätzt (auch finanziell) und willkommen geheißen werden und nicht als vermeintliches Übel zur Rettung einer desolaten Unterrichtsversorgung.

Wencke Hlynsdóttir ist stellvertretende Bezirksvorsitzende in Weser-Ems und Mitglied des Schulbezirkspersonalrats. Sie ist Lehrerin an einer Grundschule wohnt und arbeitet in Oldenburg.

Kreisverbände Schaumburg und Nienburg

Pensionär*innen zu Gast im Europäischen Parlament

Die zunehmend kritische Lage der EU und die letzten Wahlen zum Europa-Parlament haben die GEW-Kreisverbände Schaumburg und Nienburg bewogen, in Kooperation für eine Gruppe Pensionär*innen eine Studienreise in die Elsassmetropole Straßburg zu organisieren, um sich im dortigen Parlament etwas näher zu informieren über die Arbeit der Abgeordneten. Dabei erwies sich die Terminwahl im Nachhinein als Glücksgriff.

Das Büro des niedersächsischen Europaabgeordneten Bernd Lange (SPD) hatte den Ruheständlern die Gelegenheit verschafft, sich neben einer Führung durch das Parlamentsgebäude und einem Informationsgespräch mit einem wissenschaftlichen Mitarbeiter des Hauses in einem längeren Gespräch mit dem Abgeordneten über dessen Arbeitsalltag und die aktuelle politische Lage auf EU-Ebene zu informieren.

Recht angetan zeigten sich die Besucher von der Außen- und Innenarchitektur des Gebäudes, das die Prinzipien von Transparenz und Unfertigkeit im Sinne von Offenheit für weitere Entwicklungen nachvollziehbar werden lässt.

Die Ausführungen des wissenschaftlichen Mitarbeiters ließen erkennen, dass die Ergebnisse der zurückliegenden Europawahl nicht nur die Mehrheitsverhältnisse gegenüber der Vergangenheit spürbar verändert hat, sondern die traditionelle Dominanz der beiden großen Blöcke, also des sozialdemokratisch und des konservativ orientierten Lagers, durch eine stärkere Auffächerung gebrochen hat, was für die Mehrheits- beziehungsweise Koalitionsbildung bei Abstimmungen künftig praktische Konsequenzen haben dürfte.

Das Gespräch mit Bernd Lange drehte sich inhaltlich fast zwangsläufig um seine Tätigkeit als Vorsitzender des Außenhandelsausschusses. Klar wurde, dass sich für die EU seit geraumer Zeit grundsätzliche und damit große Herausforderungen durch den Umstand ergeben, dass mit den USA unter Trump, China und Russland unter Putin drei Konkurrenten auf der internationalen Bühne agieren, die durch ihre spezifische Außen- und Handelspolitik zu Rivalen der EU geworden sind. Es herrsche aus EU-Sicht nicht mehr länger eine quasi natürliche Konkurrenzsituation, sondern die EU sei aktuell speziell durch Trumps unilateral-protektionistische und Putins nationalzentrierte Politik der Gefahr der inneren Destabilisierung und Zersplitterung ausgesetzt, was durch die offensive chinesische Außenhandelspolitik (Stichwort „neue Seidenstraße“) verstärkt werde.

Als besonders kritisch stufte der Abgeordnete die Bemühungen Trumps ein, das bisherige internationale System regelbasierter Verträge und Abmachungen zu zerstören zugunsten einseitiger, nationalegoistischer wirtschaftlicher und politischer Interessen.

Erfreut zeigten sich die Anwesenden über das Bemühen der EU, mit afrikanischen Staaten zu Handelsabkommen zu gelangen, die deren spezifische wirtschaftliche Bedürfnisse im Sinne fairer Beziehungen berücksichtigen.

Der abschließende Besuch einer Sitzung des Parlamentsplenums fiel zufälliger- und glücklicherweise zusammen mit der Verabschiedung von Jean-Claude Juncker, dem scheidenden langjährigen Kommissionspräsidenten. Während die Diskussion der anwesenden Parlamentarier sich nicht ganz unerwartet vorrangig um das Thema Brexit drehte, bezogen sich nahezu sämtliche Schlussworte auf Juncker, dem für seine langjährige Arbeit im Namen des Parlaments gedankte wurde.

Abseits des Besuches des EU-Parlaments hatten die Teilnehmer*innen die Gelegenheit, sich bei einer informativen Stadtführung über Aspekte der Geschichte der Stadt und ihre aktuelle Lage informieren zu lassen. Besonders die Kathedrale mit einigen ausgewählten kunsthistorischen Besonderheiten beeindruckte dabei, während die historische Altstadt einen sehr aufgeräumten Eindruck hinterließ. Offenbar profitiert die Stadt wirtschaftlich nicht nur von der Existenz des Europaparlaments, sondern im Bereich Wissenschaft und Forschung auch von der Universität. Gleichwohl liegt die Arbeitslosigkeit bei neun Prozent, was dadurch gemildert wird, dass zahlreiche einheimische Fachkräfte seit geraumer Zeit in das benachbarte Baden-Württemberg pendeln, wo die heimische Wirtschaft händeringend Fachkräfte sucht.

Foto: Pressedienst des Europäischen Parlaments

Die Besucher*innen mit dem Europaabgeordneten Bernd Lange (vordere Reihe, ganz rechts)

Auf diese Weise profitieren die Betroffenen von der Durchlässigkeit der EU und bewahren sich die Möglichkeit, die zahlreichen kulturellen und nicht zuletzt lukullischen Vorzüge ihrer elsässischen Heimatstadt täglich zu genießen, was natürlich auch die GEW-Besucher*innen in ihrer Freizeit gern taten.

Bei Antritt der Rückreise freuten sich jedenfalls alle auf die nächste Etappe des Besuches beim Europaparlament, nämlich die Fahrt nach Brüssel im Mai 2020, wo die gewonnenen Eindrücke und Erkenntnisse an dem ebenfalls sehr attraktiven zweiten Standort der EU vertieft werden sollen.

Friedrich Lenz

Senior*innen im Kreisverband Rotenburg/Wümme

Rotenburger GEW-Senioren besichtigen VW-Werk in Wolfsburg

Zum wiederholten Male organisierte der Vertreter der Senior*innen im GEW-Kreisvorstand Rotenburg/Wümme, Jürgen Marherr, einen Tagesausflug für die im Ruhestand befindlichen Kolleginnen und Kollegen. Nachdem es im letzten Jahr nach Papenburg zur Meyer-Werft und nach Leer gegangen war, stand in diesem Jahr Wolfsburg als Ziel an. Insgesamt 43 Kolleginnen und Kollegen aus dem gesamten Landkreis machten sich ab 7 Uhr morgens per Bus auf den Weg.

Bei sehr schönem Herbstwetter führte der Weg auf zum Glück nur mäßig verstopften Autobahnen zunächst in das VW-Museum in Wolfsburg (nicht zu verwechseln mit dem ZeitHaus in der VW-Autostadt). Eine Mitarbeiterin des Museums erwartete die Gruppe und führte diese anschließend durch das Gebäude in der Dieselstraße. Zu sehen gab es eine Unzahl an verschiedenen Modellen aus der Volkswagengeschichte, angefangen beim legendären „Brezelkäfer“. Die Geschichte des Käfers wurde weiter fortgeführt bis hin zum letzten Exemplar, das in dieser Reihe in Puebla (Mexiko) als „última edición“ hergestellt wurde. Auch viele Sondermodelle des Käfers waren zu sehen, so zum Beispiel der Schwimmkäfer oder auch ein „Gelber Engel“, vielen noch als Helfer auf den Autobahnen bekannt. Neben dem Käfer gab es auch den „VW-Bulli“ zu bestaunen, angefangen beim T1-Modell in verschiedenen Ausführungen. Es folgten verschiedene Autoserien wie der 1500/1600er, die aber nicht an den Erfolg des Käfers anknüpfen konnten. Dieses war erst dem Golf beschieden, dem das ab Mitte der 1970er Jahre gelang und der auch in der Ausstellung zu sehen ist. Abgerundet wird sie durch viele weitere VW-Modelle (Scirocco, Santana und so weiter), durch einige Audi-Modelle oder auch durch interessante „Exoten“ wie den Ro 80 oder den K 70. Ein sehr spannendes Museum!

Nach dem gemeinsamen Mittagessen im „Alten Brauhaus“ in Fallersleben wurde das VW-Werk angesteuert. Dort stand eine knapp zweistündige Besichtigung der Produktion auf der Tagesordnung. Schon bei der Anfahrt wurde schnell deutlich, welch gigantische Ausmaße das Werk hat. Über Kilometer ging es an den bekannten roten Backsteingebäuden entlang, bis schließlich die „Guest Relation“ erreicht wurde, der Besucherdienst. Mit einer Präsentation zeigten zwei kompetente Mitarbeiter Größe und Bedeutung des VW-Konzerns auf. 665.000 Menschen beschäftigt VW weltweit, davon in Wolfsburg allein 73.000, 44.000 Fahrzeuge werden weltweit täglich produziert, immerhin 3.500 davon im Wolfsburger Werk. Schwerpunkte der Diskussion waren die wachsende Bedeutung Asiens (hier vor allem Chinas) für den Automobilbau und -absatz und die Fertigung der Elektromobile in Zwickau bezüglich der Arbeitsplätze an den niedersächsischen Standorten des Konzerns. Abschließend fuhren alle durch die riesigen Hallen des Werkes. Besichtigt wurden die Stanzerei, wo der mittlerweile fast flächendeckende Einsatz von Robotern auffiel, die Lackiererei sowie die eigentliche Fertigung. Interessante Einblicke gab es dabei in die Produktionsstraßen für Tiguan, Touran und den SEAT Tarraco, wo zwar auch vieles sehr automatisiert abläuft, aber vieles auch noch in Handarbeit erledigt werden muss.

Voll mit vielfältigen Eindrücken und einer Menge neuer Informationen ging es dann über die mittlerweile deutlich voller gewordenen Autobahnen zurück in den heimatlichen Landkreis. Am Ende des lohnenswerten Tages versprach Jürgen Marherr, auch für das nächste Jahr eine solche Fahrt zu organisieren. Ihm wurde vielfältig für die Planung und Durchführung der diesjährigen Fahrt gedankt.

Helmut Feldmann

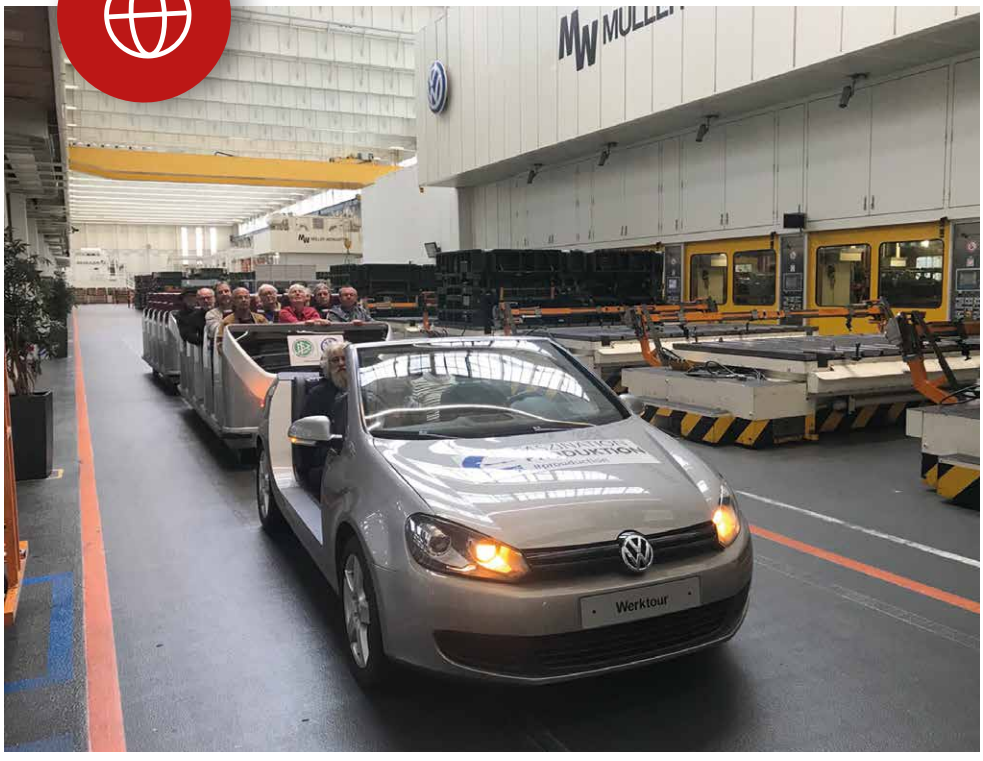


Foto: Helmut Feldmann

Auch der Fahrspaß kam bei der Werkstour nicht zu kurz.

Aus den Personalräten

Kultusetat über sieben Milliarden Euro

Erstmalig hat der Kultusetat für 2020 die Marke von sieben Milliarden Euro übersprungen. Der Aufwuchs von 474 Millionen Euro auf rund 7,2 Milliarden macht einen Anteil am Gesamthaushalt des Landes von 20,7 Prozent aus und ist in erster Linie der Finanzierung der neu hinzugekommenen Aufgaben wie der frühkindlichen Bildung und der Inklusion geschuldet. Zusätzliche 215 Millionen sind für die frühkindliche Bildung veranschlagt (1,4 Milliarden), die bis 2023 auf rund 6,3 Milliarden anwachsen dürfte. Für die allgemeinbildenden Schulen seien, so Minister Tonne, die erforderlichen Einstellungsbedarfe abgebildet, die Stellenausschreibungen von bis zu 3.700 Vollzeiteinheiten ermögliche. 1,9 Milliarden werden bis 2023 für die inklusive Schule investiert. Die Stärkung der berufsbildenden Schulen über das Schulbudget beläuft sich auf 7,5 Millionen Euro. 2020 sind 260 Planstellen sowie 50 Stellen für sozialpädagogische Mitarbeiter*innen veranschlagt. (Pressemitteilung des Kultusministeriums vom 29. September 2019)

Einstellungsverfahren

Bis zum 1. Oktober 2019 konnten 1.788 der 1.900 ausgeschriebenen Stellen besetzt werden, 144 davon von Quereinsteigenden. 50 Stellen sowie zwölf weitere Stellen für das Modellvorhaben „Schule PLUS“ können als sogenannte Reservestellen noch kurzfristig besetzt werden. Der Kultusminister erwartet damit eine durchschnittliche Unterrichtsversorgung von knapp unter 100 Prozent.
Zum zweiten Schulhalbjahr werden 1.350 Stellen ausgeschrieben. Das Kultusministerium (MK) geht davon aus, dass zirka 780 Lehrkräfte aus dem Dienst ausscheiden. (Pressemitteilung des MK vom 1. Oktober 2019)

Schulstatistische Daten

Auf Anfrage der FDP hat das Kultusministerium die Daten zur vorläufigen Unterrichtsversorgung jeder einzelnen allgemeinbildenden Schule veröffentlicht (Landtagsdrucksache LT-DS 18/4677). Die Daten beziehen sich auf den Prognosetermin 1. August 2019 mit Endstand vom 19. September 2019 und enthalten somit nicht die aktuellen Statistikdaten und die aktuelle Unterrichtsversorgung der Einzelschule nach Schuljahresbeginn. Trotzdem lassen sich, wie von der Landtagsfraktion der FDP auch erhoben, Einzeldaten herausfiltern, die belegen, dass statistisch an jeder sechsten Schule (426) mindestens eine Lehrkraft fehlte. Erkennbar wird auch, dass eine bedarfsgerechte Ausschreibung nicht erfolgte und der höhere Bedarf über dem der ausgeschriebenen Stellen gelegen hat. Interessant dürfte deshalb ein Abgleich dieser Prognosedaten mit denen der gegen Jahresende zu erwartenden Statistik der Unterrichtsversorung sein.

SHPR fordert Mitbestimmung ein

Zu Beginn des Jahres ist eine Handreichung des Kultusministeriums (MK) veröffentlicht worden, in der Regelungen der Qualifizierung für Quereinsteigende durch die Schule und das Studienseminar festgeschrieben wurden. Der Schulhauptpersonalrat (SHPR) hat zu diesem „Konzept zur berufsbegleitenden pädagogisch-didaktischen Qualifizierung“ die Mitbestimmung eingefordert. Da diese bisher nicht gewährt wurde, beschloss das Gremium in seiner Oktobersitzung ein verwaltungsgerichtliches Beschlussverfahren auf den Weg zu bringen, um die Mitbestimmungsrechte gerichtlich klären zu lassen.
Hinsichtlich der Neufassung des sogenannten Qualifizierungserlasses, der unter anderem die Qualifizierung von direkten Quereinsteiger*innen im Beamtenverhältnis auf Probe regelt, konnte im Einigungsstellenverfahren zwischen SHPR und MK noch nicht in allen Punkten ein Einvernehmen hergestellt werden.

Bildungsnotizen

Nord/LB und Steuerschätzung gefährden Haushaltspläne

Laut Politikjournal Rundblick gefährden die aktuelle Steuerschätzung sowie die Kosten der Rettung der Nord/

Aktuelles aus der Personalratsarbeit

LB den Haushaltsplan 2020 und engen den Spielraum für Vorhaben der Koalitionsfraktionen gegebenenfalls ein. Betroffen von möglichen Kürzungen oder Streichungen könnten damit auch die geplante Jahressonderzahlung für Beamt*innen sowie die A 12-Zulage sein. (Rundblick vom 29. Oktober 2019)

IQB-Bildungstrend 2018

Niedersachsens Schüler*innen brauchen laut Minister Tonne den Vergleich mit anderen Ländern nicht zu scheuen. Die Ergebnisse seien zwischen 2012 und 2018 in den Fächern Mathematik und Naturwissenschaften weitgehend stabil geblieben und lägen insgesamt im bundesdeutschen Durchschnitt. Im Rahmen seiner Landtagsrede betonte der Minister die zwischenzeitlich veränderten Rahmenbedingungen durch den gestiegenen Anteil an Neuntklässler*innen mit Migrationshintergrund sowie den deutlichen Zuwachs an Schüler*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf an den allgemein- und berufsbildenden Schulen. Vor diesem Hintergrund dankte er Lehrkräften und Schulleitungen ausdrücklich für ihre Leistungsbereitschaft und ihr Engagement.
Handlungsbedarf wird gesehen beim Unterstützungsbedarf im Umgang mit heterogenen Lerngruppen, bei der Stärkung des Selbstbewusstseins der Mädchen hinsichtlich ihrer vorhandenen Kompetenzen und dem Stärken der Jungen in ihrer Entwicklung, um deren Trend zu Bildungsverlierern entgegenzuwirken. Sorgen bereitet dem Minister auch die ungünstige Entwicklung von Spitzenleistungen an Gymnasien, der unter anderem durch eine Förderung zur Teilnahme an Wettbewerben begegnet werden soll. (Pressemitteilung des Kultusministeriums vom 24. Oktober 2019 und **www.iqb.hu-berlin.de/bt**)

Handwerkskammer: Berufsorientierung an Gymnasien

Die Landesvertretung der Handwerkskammern Niedersachsen (LHN) sieht für die Gymnasien Nachholbedarf hinsichtlich der Berufsorientierung. Zwar machten die Schulen eine gute Studienberatung, bei der Berufsberatung gebe es aber eine zu große Zurückhaltung. Den anhaltenden Trend zur Akademisierung sieht der Verband bekanntermaßen kritisch, fehlen doch Auszubildende. Eine Umfrage der Kammer, an der sich mehr als 2.100 Betriebe beteiligten, ergab eine hohe Zufriedenheit mit den Auszubildenden von fast 90 Prozent. Gelobt worden seien insbesondere Zuverlässigkeit, Interesse und Aufgeschlossenheit sowie Motivation und Teamfähigkeit. Hinsichtlich des mündlichen und schriftlichen Sprachgebrauchs sowie der Rechenfertigkeiten bestehe hingegen noch Verbesserungsbedarf.
www.handwerk-lhn.de/Home/de/Aktuelles/Pressemitteilungen/2019/PM25_2019.php

Bundeskoordinierungsstelle Ombudschaft

Seit Juli 2019 existiert mit der Bundeskoordinierungsstelle Ombudschaft in der Kinder- und Jugendhilfe eine fachpolitische Interessenvertretung und bundesweite Ansprechpartnerin für Ombudschaft in der Kinder- und Jugendhilfe. Die durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderte Bundeskoordinierungsstelle bündelt Erfahrungen und Erkenntnisse aus Theorie und Praxis zum Thema Ombudschaft in der Kinder- und Jugendhilfe und stellt diese der interessierten Fachöffentlichkeit sowie Adressat*innen der Kinder- und Jugendhilfe zur Verfügung. Die Bundeskoordinierungsstelle hat das Ziel, ombudschaftliche Arbeit in der Kinder- und Jugendhilfe, insbesondere in den Hilfen zur Erziehung, fachlich und fachpolitisch voranzutreiben, zu etablieren und qualitativ abzusichern. Ein besonderer Fokus liegt auf der Umsetzung und Stärkung der Rechte von Kindern und Jugendlichen sowie deren Erziehungsberechtigten. Weitere Informationen sind zu finden unter: **www.ombudschaft-jugendhilfe.de**

CDU fordert Freifahrten für Lehrkräfte

Die bildungspolitische Sprecherin der CDU, Mareike Wulf, hat das Innenministerium und das Kultusministerium aufgefordert, die Antikorruptionsrichtlinie dahingehend zu ändern, dass Lehrkräfte wieder kostenfreie Freiplätze von Reiseveranstaltern annehmen dürfen, um solche Fahren gegebenenfalls wegen eines überzeichneten Schulbudgets nicht aus eigener Tasche bezahlen zu müssen. Die Abgeordnete sieht in einer solchen Ausnahmegenehmigung ein wichtiges Signal der Wertschätzung der Lehrkräfte. (Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 9. September 2019)

Verpflichtende zahnärztliche Untersuchung gefordert

Die seit zwölf Jahren nicht mehr verpflichtende zahnärztliche Untersuchung soll laut Expert*innen wieder schulgesetzlich verankert werden. Derzeit erfolgt sie nur noch, sofern eine schriftliche Einwilligungserklärung der Eltern vorliegt. Die Landesarbeitsgemeinschaft zur Förderung der Jugendzahnpflege in Niedersachsen (LAGJ) verzeichnet eine stetig sinkende Teilnehmendenzahl, insbesondere in Brennpunktschulen. Eine steigende Anzahl von Kindern mit behandlungsbedürftigen Befunden werde somit nicht mehr erfasst und einer zahnmedizinischen Behandlung zugeführt. Die LAGJ hat deshalb Minister Tonne aufgefordert, aktiv zu werden. (Rundblick vom 23. September 2019)

Mehr BAföG für mehr Studierende

Das BAföG wurde zum 1. August 2019 reformiert. Der neue Höchstsatz liegt nun bei 853 Euro (früher 735 Euro). Im Jahr 2020 steigt er weiter auf 861 Euro. Da gleichzeitig die Einkommensfreibeträge erhöht werden, wird erwartet, dass auch mehr Studierende Zugang zu der finanziellen Unterstützung erhalten. Mittels einer BAföG-Informationstour des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) wird bundesweit über die Fördermöglichkeiten informiert. (Pressemitteilung des BMBF vom 15. Oktober 2019)

Mehr Beteiligungsrechte für Kinder und Jugendliche

Eine Studie des Deutschen Kinderhilfswerks hat die gesetzlichen Bestimmungen in Bund, Ländern und Kommunen hinsichtlich der Partizi-

pation von Kindern und Jugendlichen verglichen und festgestellt, dass diese dringend auszubauen sind. Zudem seien große Unterschiede zwischen den Bundesländern vorhanden und damit einhergehend ein Verstoß gegen die UN-Kinderrechtskonvention, die neben den Kinderrechten insbesondere das Kindeswohl und den Kindeswillen im Auge habe. Die Studie liefert Handlungsempfehlungen, wie die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen nachhaltig verbessert werden kann. Zu finden ist sie unter: **www.dkhw.de/fileadmin/Redaktion/1_Unsere_Arbeit/1_Schwerpunkte/3_Beteiligung/3.11_Studie_Beteiligungsrechte/Studie_Beteiligungsrechte_von_Kindern_und_Jugendlichen.pdf**

Kein neuer Radikalenerlass in Niedersachsen

Nachdem Innenminister Pistorius im Rahmen eines Interviews die Aussage getätigt hatte, wer sich offen zum rechtsnationalistischen „Flügel" der AfD bekenne, dem solle der Beamtenstatus aberkannt werden, teilte die Staatskanzlei mit, das Land bereite keinen neuen Radikalenerlass vor. Eine generelle Überprüfung der niedersächsischen Beamt*innen sei nicht geplant. Wenn jemand wegen eines Verstoßes gegen die Regeln der Verfassungstreue und des Mäßigungsverbotes verstoße, seien im Einzelfall konkrete Verstöße nachzuweisen. Naheliegend sei jedoch, so Ministerpräsident Weil, den „Flügel" der AfD auf seine mögliche Verfassungsfeindlichkeit zu überprüfen. (Rundblick vom 15. und 16. Oktober 2019)

Landesbeauftragter gegen Antisemitismus

Seit dem 1. November 2019 hat Dr. Franz Rainer Enste, langjähriger Leiter der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Landtags und Sprecher der Landesregierung, seine Tätigkeit als Landesbeauftragter gegen Antisemitismus und für den Schutz jüdischen Lebens aufgenommen. Die Stelle sowie die dazugehörige Geschäftsstelle sind dem Justizministerium zugeordnet. Er soll zentraler Ansprechpartner für die jüdischen Verbände, aber auch für die in Niedersachsen lebenden jüdischen Mitbürger*innen sein. Die Staatskanzlei sowie die beteiligten Ministerien (Ministerium für Inneres und Sport, Finanzministerium, Kultusministerium, Ministerium für Wissenschaft und Kultur und Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung) benennen gegenüber dem Justizministerium jeweils eine*n Ansprechpartner*in für alle Fragen der Bekämpfung von Antisemitismus und des Schutzes des jüdischen Lebens. Zu den Aufgaben gehören zudem die Vertretung des Landes gegenüber Bund und anderen Ländern sowie die Erstellung eines jährlichen Berichts über Antisemitismus sowie Maßnahmen zu dessen Bekämpfung. (Pressemitteilung der Staatskanzlei vom 15. Oktober 2019)

Shell-Jugendstudie 2019

Die im Oktober veröffentlichte 18. Jugendstudie belegt, dass sich Jugendliche vermehrt zu Wort melden und ihre Interessen und Ansprüche zunehmend auch gegenüber Politik, Gesellschaft und Arbeitgebern artikulieren. Zugenommen haben sowohl ihre Zufriedenheit mit der Politik als auch das Vertrauen in die EU. Allerdings wächst auch eine Gruppe heran, die sich von der Politik missverstanden, ignoriert oder manipuliert fühle und Denk- und Verhaltensmuster von Populisten übernommen habe. 24 Prozent der Jugendlichen neigen demnach zu Populismus, weitere neun Prozent sind als Nationalpopulisten zu bezeichnen. Nicht zuletzt aufgrund dieser Ergebnisse wurden im Rahmen der Veröffentlichung Forderungen laut, die politische Bildung in den Schulen zu stärken.

Dass hier ein erheblicher Handlungsbedarf besteht, zeigt nicht zuletzt eine aktuelle Studie der Friedrich Ebert Stiftung „Wer hat, dem wird gegeben: Politische Bildung an Schulen", die bei Schüler*innen der Jahrgangsstufen 9 und 10 nur ein mittelmäßiges Interesse an Politik feststellte. Zwar sei der Politikunterricht fester Bestandteil des Unterrichts, allerdings gebe es beträchtliche Unterschiede. So finde der Unterricht beispielweise nur zur Hälfte in einem eigenständigen Fach statt und nur ein Drittel der Schüler*innen komme in den Genuss eines zweistündigen Unterrichtsfaches. Der Schwerpunkt der Kompetenzvermittlung liegt der Untersuchung zufolge bei der politischen Analyse- und Urteilsfähigkeit, die politische Handlungsfähigkeit komme häufig zu kurz. Der Einsatz fachfremd unterrichtender Lehrkräfte ist an den nichtgymnasialen Schulformen besonders hoch.

www.shell.de/ueber-uns/shell-jugendstudie.html und http://library.fes.de/pdf-files/studienfoerderung/15611.pdf

Verwaltungsgericht Dresden: Kopfnoten rechtswidrig

Das Verwaltungsgericht Dresden hat das Ausstellen von Kopfnoten auf Zeugnissen für rechtswidrig erklärt, da es für die Noten für Betragen, Fleiß, Mitarbeit und Ordnung im Zeugnis keine Gesetzesgrundlage gebe. Das Verwaltungsgericht sieht in der Vergabe der Kopfnoten auch einen Eingriff in verschiedene Grundrechte des Schülers, insbesondere in die Berufsfreiheit. Auch das Allgemeine Persönlichkeitsrecht und das Recht auf elterliche Erziehung würden beeinträchtigt. In für Ausbildungsplatzbewerbungen erforderlichen Zeugnissen sind Kopfnoten laut Urteil nur zulässig, wenn der parlamentarische Gesetzgeber eine entsprechende Regelung im Schulgesetz getroffen hat. Eine genaue Regelung für die Bewertung fehle jedoch. Darüber hinaus würden die Kopfnoten nicht vom Begriff der „Fächer" umfasst. Das sächsische Kultusministerium hat angekündigt, gegen das Urteil Berufung einzulegen. (Az. 5 K 1561/18).

Termine

Arbeitsgruppe Courage gegen Rechts

Treffen der AG COURAGE gegen Rechts

Das nächste Treffen findet am **Samstag, 7. Dezember, ab 11 Uhr** in der Landesgeschäftsstelle in Hannover (Berliner Allee 16) statt. Ende des Treffens etwa 15 Uhr.

Als (vorläufige) Tagesordnung steht bisher fest:

1. Aktuelles: Berichte und zukünftige Aktionen vor Ort
2. Die LDK in Celle. Bericht und Bewertung
3. Geflügelter (?) Bundesparteitag der AfD in Braunschweig
4. Rojava: Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker!
5. Bericht vom GEW-Vernetzungstreffen in Leipzig
6. Aktuelle Buchvorstellungen zum rechten Rand

Fahrtkosten werden erstattet, ein kleiner Imbiss wird gereicht. Interessierte neue Aktivist*innen sind willkommen!

Anmeldungen bitte bis spätestens 1. Dezember unter E-Mail: **ralfbeduhn@gmx.de**

Landessportkommission Niedersachsen

Einladung zur Jahrestagung

9. Dezember 2019, 10.00 Uhr bis circa 16 Uhr
Akademie des Sports, Lehrstätte des LSB Niedersachsen;
Ferdinand-Wilhelm-Fricke-Weg 10, 30169 Hannover
Telefon: 0511 1268-302

Vorläufige Tagesordnungspunkte

1. Begrüßung und Organisatorisches
2. Berichte der Sportkommission
   a. Tagung der Sportkommission auf Bundesebene – zum aktuellen Stand.
2. Eventuell Gastvortrag: Sport in der Grundschule und tägliche Bewegungszeiten.
3. Situation des Schulsports in Niedersachsen und Aktivitäten der Sportkommission 2018.
   a. Erfahrungsaustausch – Berichte der einzelnen Schulformen
   b. Erlass „Die Arbeit in der Grundschule“ – Eingabe durch die Sportkommission.
   c. Sportunterricht in Niedersachsen und die dritte Sportstunde – wie weiter?
   d. Niedersächsisches Sportfördergesetz (NSportFG) – Ergebnisse?
5. Verschiedenes, Anfragen

Eingeladen sind alle interessierten Sportkollegen und Sportkolleginnen aller Schulformen und Universitäten/Hochschulen, die bereit sind, für die Belange des Sports in allen Bildungsbereichen einzutreten und für Kolleginnen und Kollegen engagiert etwas zu tun.

Diese Ausschreibung gilt gleichzeitig auch als Vorlage bei der Schule. Es erfolgt keine erneute, gesonderte Einladung. Wer Interesse hat, weitere Auskünfte zu erhalten, kann sich bei Thorsten Herla, Telefon: 0531 6151309, E-Mail: **therla@gmx.net**, melden.
Anmeldung bitte bis zum 2. Dezember 2019.

Referat Jugendhilfe und Sozialarbeit

Was braucht es, damit Schulsozialarbeit gelingt?

Dritte Fach-Veranstaltungsreihe in drei Bausteinen

Berufsgruppe: im Landesdienst beschäftigte Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter

16. März 2020, 23. März 2020 und 16. April 2020
jeweils 9.30 – 16.00 Uhr
Kosten inklusive Verpflegung: für GEW-Mitglieder 246 Euro, ohne Gewerkschaftszugehörigkeit 315 Euro
Teilnehmer*innen-Zahl: maximal 12 Personen
Dozentin: Bettina Melcher, Diplompädagogin, Arbeitswissenschaftlerin, Trainerin und Coach

16. März 2020
I. Was braucht es, damit Schulsozialarbeit gelingt?
- Professionelles Selbstverständnis: Was macht mich als Schulsozialarbeiter*in aus?
- Meine Vision: Wie würde ich am liebsten meinen Arbeitsbereich an meiner Schule gestalten?
- Priorisierung und Zielsetzung: Mit welchem Bereich sollte/möchte ich beginnen?
  Was genau möchte ich erreichen?
- Strategieentwicklung:
  Ressourcen: Was brauche ich dafür? Promotoren:
  Wer ist wichtig dafür?

23. März 2020
II: Wie gehe ich konkret vor, um mein Ziel zu erreichen?
• Umsetzungsplanung:
Wie überzeuge ich die Promotoren/Schlüssel-Personen?

16. April 2020
III: Was brauche ich, um auch schwierige Gespräche und Situationen zielführend und souverän zu meistern?
- Wirksam überzeugen:
  Reflexion bisheriger beziehungsweise inzwischen angewendeter Vorgehensweisen
  Vermittlung passgenauer Kommunikationstechniken die bei der Überzeugung anderer helfen und ihre Anwendung

Verbindliche Anmeldung und gegebenenfalls Absagen bitte ab sofort und bis spätestens 14. Februar 2020 an Kollegin Bayer: **h.bayer@gew-nds.de**

Die Kontodaten werden mit der Anmeldebestätigung verschickt.

Für diese Fortbildung kann Sonderurlaub beantragt werden. Die Kostenübernahme erfolgt auf Antrag, gemäß dem Fortbildungskonzept, durch die jeweilige Schule.

Anzeigen

SCHLOSSKLINIK PRÖBSTING
KLINIK FÜR PSYCHOLOGISCHE MEDIZIN
Gesundwerden in freundlicher Umgebung!
Hier erwarten Sie motivierte Mitarbeiter, die Sie auf Ihrem Weg in Richtung Gesundung engagiert unterstützen. Wir behandeln die gängigen Indikationen wie Depressionen, Burn-Out, Ängste etc. in einem intensiven und persönlichen Rahmen, Krisen werden sicher aufgefangen.
Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen und Beihilfe
Info-Telefon 02861/80000
Pröbstinger Allee 14, 46325 Borken (Münsterland)
www.schlossklinik.de

Klassenfahrten auf den Bauernhof
Landwirtschaft (er)leben
www.internationaler-schulbauernhof.de
Ansprechp: Axel Unger . T (05503) 805521

Erste Hilfe.
Selbsthilfe.
brot-fuer-die-welt.de/selbsthilfe
Mitglied der actalliance
Brot für die Welt

Klasse Wohldenberg
Klettern, Teamtraining, Lebensorientierung ...
www.hauswohldenberg.de
bei Hildesheim

NABU-Woldenhof
Klassenfahrten nach Ostfriesland
Landwirtschaft + Naturschutz
www.woldenhof.de 04942-990394

Klinik am Leisberg
Private Akutklinik
für intensive und persönliche Psychotherapie in freundlicher, unterstützender Umgebung
Von hier an geht es aufwärts!
Telefon: 07221/39 39 30
Gunzenbachstr. 8, 76530 Baden-Baden
www.leisberg-klinik.de

schulfahrt.de Klasse Reisen.
Klasse Reisen. Weltweit.
Klassen-Abschlussfahrt ... wir machen das!
Günstig und direkt buchen, viele **Superspartermine**, Freiplätze nach Wunsch

z. B. **London**
5 Tage inkl. Prog. mit Stadtrundfahrt
ab **209,– €**
Schulfahrt Touristik SFT GmbH
Herrengasse 2
01744 Dippoldiswalde
Jetzt anrufen:
Tel.: 0 35 04/64 33-0
Fax: 0 35 04/64 33-77 19
Alle aktuellen Reisen auf www.schulfahrt.de

... da geht noch was!

Berufsschultag 2020

Dienstag, 17. März
Freizeitheim Vahrenwald Hannover

Anmeldung:
www.gew-nds.de/
berufsschultag

**Referat Berufliche Bildung
und Weiterbildung**